Nr. 26 • Mai '94

Das Info aus der Roten Flora



Diskurse für KopfarbeiterInnen

Achtung!!

Auf der Seite 5 in der Erklärung zum Fanladen im letzten Satz befindet sich ein sinnentstellender Tippfehler!! Statt "Angriffe" muß es "Angreifer" heißen!!



Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg. Schickt uns eure Beiträge zur Arbeitserleichterung auf Diskette, vorzugsweise Word 5.0 oder Winword. Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einen Umschlag an: Zeck, Aboabteilung, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

Spenden: sind immer willkomen und notwendig! Geldspenden an obige Adresse.

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

V.I.S.d.P.: Renate Meyer, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.

Alles schoi macht der Mai!

Der Monat April verschaffte uns die lang ersehnte gute Nachricht: Die E-Schichten (zivile Sondereinheiten) der Wachen Davidstraße, Lerchenstraße und Mörikenstraße, werden aufgelöst.
Die offizielle Begründung: Sparmaßnahmen. Die zivilen Schläger werden in den "normalen" Dienst an den Wachen eingegliedert und sind damit also nicht verschwunden.
In den letzten Jahren sind die E-Schichten, insbesondere die E 16 (Wache Lerchenstraße im Schanzenviertel) immer wieder durch Mißhandlungen an Gefangenen aufgefallen. Anfang diesen Jahres hatte sogar Amnesty International einen Untertsuchungsbericht erstellt. Deswegen ist anzunehmen, daß die E-Schichten eher aus Opportunitäts- denn aus Spargründen aufgelöst werden.
Interessant ist auch die Leistungsbilanz des Verfassungsschutzberichtes, der Ende April den 1. Hamburger VS-Bericht auf den Markt schmiß. Vom gestalterischen (langweiliges Layout, Tip: Mal dreispaltigen Blocksatz, Collagen, Fotos ausprobieren) ist eher der bundesweite VS-Bericht vorzuziehen, und auch an der Sprache gibt es einiges auszusetzen.
Zum Schluß doch noch etwas negatives: Dagobert wurde gefaßt. Wir fordern die sofortige Freilassung von Dago - die Repression zurückschlagen!
Und außerdem fahren wir natürlich alle (sic!) zur Demo am 21.5. nach Berlin und fordern alle auf, sich an diesem vorbildlichen Verhalten ein Vorbild zu nehmen.

Inhalt

Im **Ordner** (in der Flora-Vokü) ist diesmal der Briefwechsel zwischen der AL und der Zeck-Red. betreffs der Auseinandersetzung um J.W.

Ein Reisebericht aus Kurdistan:

"Erzählt den Kurden in Deutschland, es gibt Kurdistan, es gibt die PKK, es gibt Apo, sagt ihnen, daß wir nicht aufgeben."

In der Zeit vom 19. - 29. März 94 fuhren über 100 europäische Delegationen nach türkisch Kurdistan, um das kurdische Newroz-Fest und die Kommunalwahlen zu beobachten und um sich über den kurdischen Befreiungskampf zu informieren. Unter anderem zwei Delegationen aus Hamburg.



Delegationsteilnehmerlnnen im Gespräch mit Frauen, die aus ihren Dörfern vertrieben worden sind

Der türkische Innenminister hat angekündigt, die Kurden-Frage bis zum Frühjahr zu beenden. Wie war euer erster Eindruck?
Am 19.3 sind wir auf dem Militärflughafen von Batman gelandet, dort erwarteten uns schon Sondereinheiten der türkischen Polizei, die uns zu unserem Hotel gebracht haben. Diese Sondereinheiten (Özel Tims) "beschützten" uns fast während unserem gesamten Aufenthalt in Batman. Ihre wirkliche Aufgabe war jedoch, die Kontaktaufnahme zur Bevölkerung zu verhindern. Was ihnen aber zum Glück nicht immer gelang.

Ihr konntet also auch unbeobachtet mit KurdInnen sprechen?
Im Grunde war es sehr schwierig, es gelang nur dadurch, daß sich einzelne von der größeren Gruppe absetzten. Es ist uns aber auch häufiger passiert, daß uns Leute Zettel zugesteckt haben.

Was habt ihr während dieser Gespräche erfahren?
Z.B.wurde uns von einem Vorfall in dem Dorf Kulp berichtet. Das Dorf, in dem sich 30 Guerillas aufhielten, wurde wegen Verrats von Militär umstellt und aus der Luft mit Helikoptern bombadiert, 13 Guerillas kamen dabei ums Leben, der Rest konnte fliehen. Das Militär behauptete, die Leute wären von Steinen erschlagen worden. Die Leichen wurden in einer Grube verscharrt. Verwandte und Menschen aus dem Dorf verlangten die Herausgabe der Leichen um sie zu begraben, bekamen aber keine Erlaubnis dazu. Die Militärs beschimpften sie als **Hunde**, da sie keine Muslime seien, sondern Armenier. Später wurde den Eltern dann erlaubt, die Toten zu beerdigen. Sieben Eltern der 13 Ermordeten kamen zur Beerdigung. Alle Leichen hatten Folterspuren und waren verstümmelt, d.h. Körperteile waren z.B. abgehackt. Einer der Verwandten konnte kein Türkisch , von den Militärs wurde er geschlagen und entkleidet. Als sie sahen, daß er nicht beschnitten ist, beschimpften sie ihn, weil er kein Muslim sei.

Allein von Anfang 93 bis März 94 hat das türkische Militär ca.1200 kurdische Dörfer zerstört. Könnt ihr uns darüber etwas berichten?
In einem Dorf, in dem wir während einer Überlandfahrt Rast gemacht hatten, wurde uns berichtet, daß ihr Dorf vor ca. 6 Monaten von Militärs angegriffen wurde und u.a. ihre Schule gezielt beschossen wurde.
Ein anderes Beispiel: das Militär kommt in die Dörfer und verlangt, daß die Bewohner Dorfschützer stellen soll; weigert sich das Dorf diesem Befehl nachzukommen wird, dieses Dorf zerstört. Dorfschützer sind vom türkischen Staat bewaffnete Kurden, die als bezahlte Spitzel arbeiten, aber auch als Militärische Hilfskräfte fungieren.
Ein alter Mann berichtete uns von der Zerstörung seines Dorfes Gümüs. Die Dorfbevölkerung wurde aufgefordert das Dorf zu verlassen. Von 300 Häusern wurden an diesem Tag 100 abgebrannt. Er lebt jetzt als Tagelöhner, Lastenträger.

Laut Menschenrechtsorganisationen sind rund 1,7 Mill. Menschen auf der Flucht.
Sind die Folgen auch in Batman zu spüren?
Die EinwohnerInnenzahl der Stadt ist aufgrund der systematischen Vertreibung der Landbevölkerung enorm gestiegen: in den letzten 4 Jahren von 150.000 auf mehr als 300.000. Die Flüchtlinge leben zum Teil in Zelten, provisorischen Hütten oder in Rohbauten. Strom, eine Kanalisation oder fließendes Wasser gibt es in den Notquartie-

ren nicht. In Räumen, in denen früher eine Familie wohnte, leben heute nicht selten vier Familien. Die Armut ist überall gegenwärtig: Kinder betteln auf der Straße, putzen Schuhe oder verkaufen Zigaretten und Süßigkeiten. Einen Schulbesuch können sich viele nicht leisten.

In den letzten Jahren hat die türkische Armee am Newroz-Tag Proteste blutig unterdrückt. Die kurdische Arbeiterpartei PKK rief deshalb jetzt dazu auf, an diesem Tag zuhause zu bleiben und dort das Newroz-Fest zu feiern.

Auch in Batman war sehr viel Militär zu sehen - u.a. von Deutschland geschenkte NVA-Panzer und Armeefahrzeuge. Bei einigen Panzern war das Bundeswehrkreuz nur notdürftig überpinselt worden. Am Newroz-Abend zwangen uns die Soldaten, mit Gewehren im Anschlag, ins Hotel zurückzugehen. Am nächsten Morgen berichteten einige Leute im Büro von Özgür Gündem von Verhaftungen. Auf Kinder, die in den Straßen Newroz-Feuer entzündet hatten, sei geschossen worden. Wir fanden Einschußlöcher an Gebäuden und Patronenhülsen.

Der Vertreter von Petrol-Is (Erdölarbeiter-Gewerkschaft) berichtete uns, daß er trotz allem viele Newroz-Feuer gesehen habe, daß das Volk trotz allem feiert.

Seit dem 14. April 94 ist Özgür Gündem, die einzige Tageszeitung, die regelmäßig über den Krieg in Kurdistan berichtet,für zunächst 15 Tage verboten; es gibt Bestrebungen, die Zeitung für immer zu verbieten. Schon vorher wurde sie jeden Tag beschlagnahmt. Bereits die Verwendung des Wortes "Kurdistan" ist in der Türkei verboten. Neun JournalistInnen sowie elf weitere MitarbeiterInnen wurden bisher ermordet. Wie arbeitet Özgür Gündem unter diesen Umständen?

Özgür Gündem wird seit der Ermordung mehrerer KioskbesitzerInnen in Kurdistan nur noch von Kindern mit einer Auflage von ca. 6.000 unter der Hand verkauft. Auch sie müssen ständig damit rechnen, verhaftet oder getötet zu werden. JournalistInnen gehen ein hohes Risiko ein, um überhaupt an Informationen zu gelangen. Die MitarbeiterInnen des Blattes schlafen ständig im Büro - aus Angst, abends auf dem Weg nach Hause zu "verschwinden". Tagsüber gehen sie nie allein auf die Straße.

Seit Anfang des Jahres gibt es eine verstärkte Repressionswelle gegen legale, prokurdische Organisationen, wie die DEP (Demokratie-Partei): Mehrere Morde, über 300 Verhaftungen mit Folterungen, mehrere Bombenanschläge auf Parteibüros. All diese Anschläge sowie befürchtete Wahlmanipulationen führten zu der Entscheidung, die Wahl zu boykottieren. Nach dieser Entscheidung wurden sechs DEP-Abgeordnete, die im türkischen Nationalparlament saßen, verhaftet. Gab es auch Repressionen gegen die kurdische Bevölkerung?

Bei unseren Besuchen im DEP-Büro sowie bei Özgür Gündem kamen immer wieder Dorfbewohner vorbei, um uns über ihre Situation zu berichten. Dabei nahmen sie die Gefahr in Kauf, verhaftet und gefoltert zu werden. Ihre Berichte enthielten immer wieder dieselben Fakten. Die Leute wollten nicht wählen.. Das Militär sei deshalb in die Dörfer gekommen und habe den BewohnerInnen damit gedroht, das Dorf abzubrennen, sollten sie nicht zur Wahl gehen oder bei der Stimmenauszählung auch nur eine Stimme fehlen oder ungültig sein. Zur Bekräftigung dieser Drohung zerstörten die Militärs häufig ein Haus sofort. Inzwischen ist bekannt geworden, daß das Militär seine Drohung wahr gemacht hat, so wurde z. B: das Dorf Selibe von der türkischen Armee überfallen, ihnen wurde gesagt, daß dies eine Bestrafungsaktion ist, da über die Hälfte der BewohnerInnen ungültig gewählt hat. Ebenso erging es den BewohnerInnen des Dorfes Hanat in Siirt, sie wurden von der Gendarmerie überfallen und vertrieben, weil sie nicht zur Wahl gegangen sind. Desweiteren wurden wir aufgefordert, diese Ereignisse in Deutschland der "demokratischen Öffentlichkeit" zu berichten. Jedoch glaubten auch nicht alle an diese "demokratische Öffentlichkeit". Ein Kurde sagte uns: "Erzählt den Kurden in Deutschland, es gibt Kurdistan, es gibt die PKK, es gibt Apo, sagt ihnen, daß wir nicht aufgeben." Er glaube nicht, daß Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland viel Sinn macht. Er sagte:"Man kann sich informieren, alles ist bekannt, was hier passiert."



Deutscher BTR 60-Panzer am Ortsausgang Hasankjf



Hauptstraße in Batman

rung die Newroz-Feuer verbietet und Menschen in die Türkei abschiebt, wo ihnen Folter und Ermordung sicher sind, wird morgen ihr eigenes Volk ausrotten. Die Deutschen gewöhnen sich jetzt daran, daß Kurden niedergemacht werden, damit sie ihre eigene Unterdrückung nicht mehr spüren. Die Menschlichkeit geht verloren, das ist das Schlimmste. Die Regierung pumpt das ganze Geld in den Krieg und schiebt die Wirtschaftskrise auf die PKK. Die Guerilla hat mehmals Waffenstillstand angeboten, ist zu Verhandlungen bereit. Für uns ist das Wichtigste, daß der Krieg erstmal aufhört."

Delegationsbericht aus Kurdistan: 4. Mai, 19 Uhr im Subotnik

Hier in Deutschland wird die PKK als terroristisch diffamiert, ihr wird aberkannt eine Befreiungsbewegung zu sein, die auf den Großtei der Bevölkerung zurückgreifen kann.

Alle unsere GesprächspartnerInnen betonten immer wieder , daß sie nicht von der PKK bedroht würden,ihr Krieg gegen das türkische Militär sei ein gerechter Krieg,:"In der PKK sind unsere Söhne und Töchter, sie ist unsere legitime politische Vertretung, ihr Kampf ist unser Kampf, der wahre Terrorist ist der türkische Staat." Auch an dem vollzogenen Wahlboykott, je nach Region 40 bis 70%, zu dem die PKK aufgerufen hatte, läßt sich ablesen, wie tief die PKK in der Bevölkerung verankert ist. Aus den von uns gemachten Erfahrungen läßt sich ableiten, daß die PKK zur Zeit die einzige relevante Kraft in Kurdistan ist, in die die Bevölkerung alle Hoffnungen setzt.

Ein DEP Abgeordneter in Batman bewertet die Situation in Kurdistan folgendermaßen: "In Batman haben ca. 45% die Wahlen boykottiert. 21% haben REFAH (islamische Fundamentalisten) gewählt. REFAH hat so viele Stimmen, weil sie nicht eindeutig anti-kurdisch ist. Daß die SHP (Sozialdemokratische Partei) soviele Stimmen verloren hat liegt daran,daß die Bevölkerung ihr nicht traut. Nach dem Verbot der DEP haben sie gesagt "wählt uns", aber das haben nur sehr wenige gemacht. Die MHP (faschistische "Graue Wölfe" Partei) wurde haupsächlich von von Polizisten gewählt, in der gesamten Türkei. Auch wenn die .Wahlen gefälscht sind sagen sie regional gesehen einiges aus. In den kurdischen Vierteln von Adana und Istanbul ist niemand zur Wahl gegangen. Viele Dörfer haben die Wahlen boykottiert, in der Provinz Sirnak sind daraufhin Dörfer bombadiert worden, es gab 45 Tote. Der Staat behauptet, das wäre ein Unfall gewesen. Die Dreistigkeit ihrer Lügen ist kaum noch zu übertreffen, zufällige Bomben auf 4 oder 5 Dörfer, und das wo die Türkei immer wieder sagt, sie haben die modernsten Waffen. Daß in Kurdistan 40-50% ungültig gewählt haben bedeutet, diese Stimmen wären an die DEP gegangen. Das ist ein gutes Ergebnis. Wenn sie jetzt anfangen die Dörfer zu bombadieren wird es in Deutschland wieder heißen, das kommt von den Bergen. Nach den Ereignissen in Deutschland werden sie wieder behaupten, die Delegationen werden von der PKK geschickt. Dadurch , daß die Sowjetunion als Feindbild wegfällt, ist der Irak das neue Feindbild. Eine Regie-

Dokumentation:

"Und dann war da noch...
Rechtzeitig zum Anpfiff des mit Spannung erwarteten 2.Liga-Spiels 1.FC St.Pauli gegen 1860 München haben wir uns zu einer großangelegten Spaßaktion zusammengefunden und dem St.Pauli-Fanladen eine aussagekräftige Fensterdekoration verpaßt.
Per Geruch haben haben wir deutlich gemacht, wie sehr uns die sexistischen Reaktionen der "Übersteiger"-Redaktion (der Name ist Programm?!) auf die Auseinandersetzung um den "Heiter bis Wolkig"-Auftritt stinken.
Frei nach dem Motto "Laßt Taten sprechen" haben wir damit versucht, die offensichtliche Bildungslücke der genannten Schreiberlinge und ihrer Anhängerschaft zu schließen, auch wenn wir davon ausgehen, daß sich in jenen Köpfen im günstigsten Fall der Luftdruck erhöht.

Wir fühlen uns allen Frauen verbunden, die durch ähnlich geführte Konter ihre Angriffe ins Abseits stellen!

Ein feministisches Zensurkommando"

Zur Behandlung von Flüchtlingsfrauen in der BRD

Verhindern wir die Abschiebung von Layla und ihrem Kind!

Layla kam im April 1993 aus dem Libanon nach Deutschland. Ihr Mann war im Libanon politisch aktiv. Er wurde mehrfach verhaftet und wieder freigelassen. Nach seiner letzten Verhaftung schaffte er es, aus dem Gefängnis zu entkommen. Layla weiß nicht, wo er sich jetzt aufhält. Sie war zu der damaligen Zeit hochschwanger. Aufgrund konkreter Drohungen hatte sie Angst, daß die Verfolger ihres Mannes auch gegen sie und das Kind vorgehen würden. Sie wurde erpreßt, um den Aufenthaltsort ihres Mannes herauszubekommen. Layla flüchtete zu ihren Eltern, die ebenfalls im Libanon leben. Aber auch die Familie ihrer Eltern wurde von den Verfolgern ihres Mannes bedroht. Hausdurchsuchungen fanden statt.

Zur Situation im Libanon wird heute in den Medien kaum noch berichtet. Dort herrscht jedoch nach wie vor eine bürgerkriegsähnliche Situation. Es gibt keinen funktionierenden Staatsapparat. Verschiedene Parteien und politische Gruppierungen kämpfen gegeneinander. Willkürliche Verhaftungen, Verfolgung und Ermordung politischer Gegner sind an der Tagesordnung, Bombenanschläge finden auch in dem nach Ansicht der deutschen Behörden "sicheren" Beirut weiterhin statt.

Layla entschloß sich aufgrund der Drohungen gegen ihre Familie zur Flucht nach Deutschland. Im April 1993 kam sie in Itzehoe an. Sie war zu dem Zeitpunkt im 8. Monat schwanger. Trotzdem erhielt sie bereits nach 10 Tagen die Vorladung zur Anhörung. Nach einer Untersuchung bescheinigte das Rote Kreuz ihr in einem Brief, daß sie in körperlich schlechtem Zustand sei wegen ihrer Schwangerschaft. Die Anhörung wurde aber nicht verschoben. Wegen ihres geschwächten Gesundheitszustands, mangelnder Vorbereitung und eines für Layla nicht vertrauenswürdigen Dolmetschers lief die Anhörung sehr schlecht. Wenig später kam Layla in Itzehoe ins Krankenhaus. Kurz vor der Geburt ihres Kindes erhielt sie die Ablehnung ihres Asylantrags als "offensichtlich unbegründet". Eine staatliche Verfolgung sei nicht nachgewiesen worden und finde im Libanon auch nicht statt. Selbst wenn ihr Mann evtl. tatsächlich politisch verfolgt werde, bestehe für Layla und das Kind keine Gefahr.Die deutschen Behörden wollten Layla noch vor der Geburt in den Libanon ausfliegen. Ein Arzt erreichte immerhin, daß sie noch in Itzehoe ihr Kind bekommen konnte. Nach 6 Tagen Krankenhausaufenthalt wurde sie in eine Flüchtlingsunterkunft nach Pinneberg verlegt und erhielt eine Duldung für 3 Monate. Doch schon vor Ablauf dieser Frist bekam Layla eine erneute Aufforderung zur Ausreise. Wegen Krankheit des Kindes wurde die Duldung nochmals kurzfristig verlängert, aber nach wenigen Wochen wurde Layla mit dem Kind zum Gesundheitsamt vorgeladen. Die Amtsärztin behauptete, das Kind sei reisefähig, obwohl es unter ständigem Durchfall litt. Die Amtsärztin erlaubte nicht, daß eine Freundin von Layla bei der Untersuchung des Kindes zur Unterstützung dabei war.

Layla erhielt die endgültige Ausreiseaufforderung zum 22.2.94. Die Duldung wurde durch das Einschalten einer Anwältin mehrmals kurzfristig verlängert. Layla hat lediglich Paßersatzpapiere und befürchtet, daß sie mit diesen Papieren bei der Einreise in den Libanon von den Behörden schikaniert und evtl. sofort verhaftet wird. Layla kann und will unter den gegenwärtigen Bedingungen, die eine Gefahr für ihr Leben und das des Kindes darstellen, nicht in den Libanon zurückkehren. Aber die deutschen Behörden ignorieren dies.



Layla ist kein Einzelfall. Ihre Situation ist repräsentativ für viele Frauen/Lesben, die ohne Mann flüchten und in der BRD erfahren müssen, daß sie aufgrund ihres Geschlechts kein Recht auf Asyl haben. Auch wenn durch die Änderung des Art. 16 II GG das Recht auf Asyl insgesamt faktisch abgeschafft ist, so wird die Situation von flüchtenden Frauen/Lesben doch grundsätzlich noch durch andere Bedingungen bestimmt als die von Männern.

Abgesehen davon, daß politische Verfolgung in vielen Ländern vom deutschen Staat abgeleugnet wird, findet die spezifische Verfolgung von Frauen und Lesben keinerlei Berücksichtigung. Eine wesentliche Ursache liegt darin, daß Justiz und Behörden von einem männlichen Kampfbegriff ausgehen, der militanten politischen Widerstand von Frauen/Lesben abstreitet oder abwertet. Frauen, die mit der Waffe kämpfen, passen nicht in ihr Frauenbild, und logistische Arbeit, die oft hauptsächlich von Frauen geleistet wird, wird ignoriert und als Grund für Verfolgung nicht anerkannt.

Aber nicht nur politisch aktive Frauen/Lesben sind zur Flucht gezwungen: Weltweit sind Frauen/Lesben durcn sexuelle Gewalt bedroht. Weltweit werden Frauen/Lesben zur Heterosexualität gezwungen. Weltweit sind Frauen/Lesben von Armut verstärkt betroffen. Weltweit werden Frauen/Lesben und ihre Körper zu Objekten degradiert, sexuell, psychisch und materiell ausgebeutet Da dieses Unterdrückungsverhältnis weltweit besteht (ohne die unterschiedlichen Arten von Ausbeutung leugnen zu wollen), verwundert es nicht, daß ein Staat wie die BRD, der selbst auf der Ausbeutung und Fremdbestimmung von Frauen/Lesben basiert, denjenigen kein Existenzrecht einräumt, die hier allenfalls als jederzeit abschiebbare Sexarbeiterinnen ihren Platz in der Zwangsprostitution haben sollen.

Was Heiratsvermittlungen und Frauenhändler als Geschäft betreiben, bewirkt der Staat per Gesetz: Er ist der grösste Zuhälter, indem er flüchtende Frauen/Lesben in die Illegalität treibt und sie zum Verkauf ihrer Körper zwingt.

Durch das sexistische Ausländergesetz sind Flüchtlingsfrauen gezwungen, über Jahre Eheverhältnisse aufrechtzuerhalten, in denen sie der sexistischen Gewalt der Ehemänner ausgesetzt sind. Entziehen sie sich den legalen ehelichen Vergewaltigungen, so werden sie abgeschoben. Ohne Mann kein Recht auf Existenz!

(Erst vor Kurzem hat es Manfred Kanther,CDU, abgelehnt, das Ausländergesetz zugunsten von Frauen zu ändern durch Streichung der Dreijahresfrist vor eigenständigem Aufenthaltsrecht, FR, 11.3.94).

Durch das Prinzip der "sicheren Drittstaaten" werden diejenigen Flüchtlinge automatisch von der BRD abgelehnt, die vor Betreten der BRD ein solches "sicheres" Drittland betreten haben. Praktisch bedeutet dies, daß ein flüchtender Mensch die BRD ohne Zwischenstop mit dem Flugzeug erreichen muß. Fliegen kostet Geld. Die meisten flüchtenden Frauen/Lesben haben nicht die Möglichkeit, sich dieses Geld zu besorgen.
Die Mehrzahl der flüchtenden Frauen/Lesben gelangen nicht in die BRD, weil sie unterwegs ermordet, vergewaltigt oder zur Prostitution gezwungen werden. Die systematischen Massenvergewaltigungen in Kriegsgebieten, die von Militärs offenkundig als Kriegsstrategie vertreten werden, finden keine Berücksichtigung bei einer männlichen Justiz in einem Land, in dem tagtäglich Frauen/Lesben vergewaltigt und ermordet werden.



Da sie vor und während des Asylverfahrens keine Arbeitserlaubnis erhalten, sind sie auf sozial ungesicherte, gefährliche und schlechtbezahlteste Arbeitsplätze angewiesen. Die wenigen, die eine Arbeitserlaubnis erlangen, sind gezwungen, frauenspezifische, d.h. Niedriglohnarbeit, zu akzeptieren, wobei sie im Arbeitsverhältnis der Willkür von Männern und Arbeitgebern noch stärker ausgesetzt sind als deutsche Frauen, denen (zumindest formal) das deutsche Arbeitsschutzrecht zur Verfügung steht.
Ein wichtiger Schritt ist es, gleiche Rechte in jeder Hinsicht für Flüchtlingsfrauen einzufordern, das sexistische und rassistische Ausländergesetz zu bekämpfen, für Frauen und Lesben ein eigenständiges, d.h. männerunabhängiges Aufenthaltsrecht zu fordern, Frauen und Lesben aufgrund ihrer sexistischen Verfolgung uneingeschränktes Asyl zu gewähren, ohne daß sie ihre Gewalterfahrungen vor männlicher Justiz offenlegen müssen.
Feministische Politik muß von den unterschiedlichen Lebensbedingungen der Frauen und Lesben ausgehen.

WIR FORDERN :

- Uneingeschränktes Aufenthaltsrecht für Layla und ihr Kind
- Freie Bestimmung ihres Wohnortes und Arbeitserlaubnis
- Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen und Lesben
- Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe
- Stop den Abschiebungen
- Weg mit allen Sondergesetzen gegen Flüchtlinge und Migrantinnen
- Bleiberecht für Alle!!!

Außerdem fordern wir zu Spenden auf, weil Layla für Anwältinnenkosten und Wohnen/Leben Ausgaben hat, die durch 480 DM monatliche Sozialhilfe für sie und ihr Kind nicht abgedeckt werden können!
Hamburger Sparkasse, Kontoinhaber: Volkshaus, KontoNr.: 1251/120901, BLZ: 20050550, Stichwort: "Layla" (bitte unbedingt angeben!)

Einige Frauen aus verschiedenen Zusammenhängen

Hamburg, März 94





Schaffen es Flüchtlingsfrauen trotz allem, in das deutsche Asylverfahren zu gelangen, so werden sie zum Aufenthalt in männerdominierten Flüchtlingslagern gezwungen, in denen sie sexistischer Gewalt von Bewohnern und Wachdiensten ausgesetzt sind.
Auf der Straße sind sie rassistischen und sexistischen Angriffen deutscher Männer ausgesetzt, die im internationalen Sextourismus und Pornogeschäft eine tragende Rolle einnehmen.
In der Ausbeutungsskala auf dem deutschen Arbeitsmarkt stehen Flüchtlingsfrauen auf unterster Stufe.

Kampf gegen Sexismus bedeutet auch, für Frauen/Lesben Bedingungen zu schaffen, unter denen sie überleben können. Es ist notwendig, die Herrschaftsstrukturen unter uns, die Dominanz der weißen Feministinnen und ihre Definitionsmacht über Befreiung zu erkennen und aufzubrechen
Ohne die Unterschiede zwischen uns zu leugnen, müssen wir zu einem gemeinsamen Kapf kommen!!!



Berlin 20.4. - Ein Frühjahrsspaziergang

Wie in der Zeck mehrfach angekündigt fand am 20.4. in Berlin eine Demo statt unter dem Motto: "In der Tradition von Antifasist Genclic - 20.April - Kampf dem rassistischen Terror. Freiheit für alle inhaftierten MigrantInnen".
Auf den Vorbereitungstreffen in Hamburg entstand der Eindruck, daß für diese Demo bundesweit mobilisiert würde und sie die zentrale Demo der Solidarität mit den inhaftierten AntifaschistInnen sein würde, denen vorgeworfen wird, den Funktionär der Deutschen Liga, Kaindl, umgebracht zu haben.
Bei unserer Ankunft in Berlin stellte sich leider die Situation vollkommen anders dar: Die "bundesweite" Mobilisierung bestand aus zwei Bussen aus Hamburg und Bremen, am in Hamburg bekannt gegebenen Anfangspunkt der Demo fanden sich gerade mal 300 Leute ein (die BerlinerInnen trafen sich nach wie vor am auf den Plakaten angegebenen Treffpunkt).
Offenbar hatte es im Vorfeld der Demonstration innerhalb der autonomen Szene und unter den MigrantInnen längere inhaltliche Auseinandersetzungen um Sinn und Zweck der Demo am 20. April gegeben, die in Hamurg nicht angekommen waren. Zentraler Punkt der Auseinandersetzung war die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen es sinnvoll ist, ausgerechnet am 20. April eine Demo zu machen. Die Diskussion, was es politisch heißt, den 20. April mit öffentlichen Aktionen der Linken immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, ob mensch damit vielmehr den Faschisten die Arbeit abnimmt, indem auf ein Ereignis das für diese ein Grund zum Feiern ist, öffentlich Bezug genommen wird, wurde in Hamburg nicht geführt. Das gewinnt vor allem an Gewicht, nadem das Fußballländerspiel an diesem Termin abgesagt worden ist, und damit ein Grund für die Demonstration weggefallen ist. Zumindest die "weiße" Hamburger Szene hätte sich Gedanken drüber machen müssen, ob es möglich ist, bei einer Demonstration an diesem Datum den Eindruck zu vermeiden, da würde nicht gegen die Faschisten, sondern zur Feier "Hitlers Geburtstags" demonstriert. (Sicher war das nicht der Eindruck, den die Demonstration bei den meisten PassantInnen hinterlassen hat, dennoch gab es in Berlin Einzelne, die irritiert am Straßenrand standen und nicht wußten, in welches politische Lager sie die DemonstrantInnen einordnen sollten.)
Darüberhinaus ist auch die Politik der Antifa Genclic in Berlin keineswegs unumstritten. Daher wird dort auch eher zu der Demo am 21. Mai mobilisiert, in der es zentral um die Solidarität mit den Gefangenen gehen soll.
Der Satz "in der Tradition der Antifasist Genclic" im Aufruf bezieht sich auf die MigrantInnendemos der letzten drei Jahre, die einen Gegenpol zur Empfehlung des Berliner Senats darstellten, die MigrantIn sollten am 20. April doch bitte zuhause zu bleiben, um der Gefahr faschistischer Angriffe auszuweichen.
Die Tatsache, daß diese Demos MigrantInnendemos sein sollten und die Schwierigkeit, als "weiße" Deutsche an gerade diesem Datum zu demonstrieren führten in Berlin dazu, daß sich der größte Teil der radikalen Linken am 20. April eher auf Fahrwachen und Schutz konzentrierte und sich nicht an den Demos beteiligte.
Dieses Jahr war die Demo zwar auch von MigrantInnen organisiert, aber ihr Bild war überwiegend von "weißen" Deutschen geprägt. MigrantInnen machten nur noch einen kleinen Teil der zwischen 2000 und 3000 DemonstrantInnen aus.
In dieser zwiespältigen Situation wurden die Defizite der Hamburger Demovorbereitung deutlich. Wir Autonome waren offensichtlich zu bequem, uns inhaltlich mit der Demonstration auseinanderzusetzen, oder wenigstens die woanders geführten Diskussionen wahrzunehmen, die auf der Vorbereitung auch nicht vermittelt wurden.
Zu befürchten ist, daß die Erfahrungen dieser Demonstration dazu führen werden, daß am 21.5. kaum mehr jemand aus Hamburg zur Demo in Berlin zu mobilisieren ist.

Wum und Wendelin



Um dem Entgegenzuarbeiten hier nochmal der Aufruf für den 21. Mai, für den es wahrscheinlich auch wieder Busse aus Hamburg geben soll:

Kommt zur bundesweiten
DEMONSTRATION
Samstag 21. Mai, 15 Uhr
Berlin, Breitscheidplatz
(Nähe U-Bahnhof Zoo)
Kundgebung vor der JVA Moabit
Für ein Bündnis aller, die sich dem Menschenverachtenden Faschismus entgegenstellen

Heiter bis Wolkig

"Dies ist ein Statement von Heiter bis Wolkig zu diversen Vorwürfen all derer, die unser Programm "Deutschland - Einig Zombieland" noch nicht gesehen haben, es zu sehen glaubten oder Kritik äußerten.

(...)

Wir haben eine politische engagierte Vergangenheit und Gegenwart. Mit unserer kulturellen Arbeit unterstützen und unterstützten wir linksradikale Strukturen soweit uns das möglich ist. Unser politisches Engagement ist wohl kaum in Frage zu stellen, es ist real. Nun haben Anfang Februar im Autonomen Zentrum Rote Flora in Hamburg, die und deren Strukturen wir seit Jahren unterstützen, einige Leute während des Gigs die Bühne geentert und uns in der Folge diesem unsäglichen (?! d.Sätzer) Sexismus-Vorwurf ausgesetzt. Das Dumme daran ist, daß nun viele Leute in der sogenannten Szene ein merkwürdiges Bild von uns und unserem Programm bekommen haben. Dies wollen wir geraderücken.

(...)

Es stellt sich die Frage, ob sich da nicht ein paar Leute irgendwie `nen falschen Gegner oder Buhmann ausgesucht haben, um ihre antisexistische Einstellung konkret anzuwenden. Es gibt andere Gruppen, bei denen ein Angriff begründeter wäre. Wir sind Komiker, die auf unsere eigene Art und Weise Dinge auf die Bühne bringen, die uns beschäftigen, also machen wir auch was zum Thema Sexualität. Das ist vielleicht manchmal platt und pubertär. Es gibt jedoch viele verschiedene Arten, Sexualität auf der Bühne zu thematisieren. Jedem sollte es möglich sein, dies auf seine Art und Weise zu tun, solange er nicht zu sexistischen Handlungen aufruft. Es gibt viele Farben zwischen Schwarz und Weiß, viele davon sind o.k. ▲ [redacted]

Daß plötzlich wir als Linke in einem Stil von unserer eigenen Szene angegriffen werden, der sonst *"dem Staat und den Schweinen"* (Hervorhebung im Original) gegenüber angewandt wird, sollte Euch echt mal zu denken geben. Darüberhinaus muß sich niemand unser Programm reinziehen; jedem steht es frei, zu kommen oder nicht.

(...)"

...und die Zeck

Soweit der Brief von "Heiter bis Wolkig", den wir euch (zumindest in Auszügen) nicht vorenthalten wollten. Weggelassen haben wir die Ausführungen der Gruppe darüber, daß die kritisierten Programmszenen nicht sexistisch sondern als Parodie gemeint seien, sowie einen Werbeblock für ihre neue Tour. Zwei der kritisierten Szenen seien nicht wieder übernommen worden, aber, so die Gruppe, nicht etwa aufgrund der geäußerten Kritik, sondern: sie "paßten nicht in unser Konzept".

HbW wollen mit ihrem neuen Programm auch in zahlreichen autonomen Zentren auftreten (u.a. in Frankfurt, Heidelberg und Berlin). Offensichtlich wollen sie einen Boykott dieser Auftritte abwenden. Ein Auftritt im Alhambra in Oldenburg wurde aufgrund der Ereignisse in der Roten Flora zunächst abgesagt. Die dortige Veranstaltungsgruppe sah sich allerdings nach Lektüre der Zeck zu einer eigenen Position nicht in der Lage und will diese in einer Diskussion mit HbW finden ("die Diskussion kann nur mit HbW geführt werden und nicht über sie", Alhambra April 94). In einer "Diskussion mit einem Gruppenmitglied konnten einige Vorwürfe relativiert werden".

Nach dem Brief von HbW können wir uns gut vorstellen, wie diese Diskussion aussah: Der Sexismus-Vorwurf ist "unsäglich", die Leute, die die Bühne "geentert" haben, verstanden die (angebliche) Parodie der kritisierten Szenen nicht.

Die Diskussion darum, ob das Programm von HbW tatsächlich sexistisch ist oder nur als solches mißverstanden wurde, lenkt vom Kernpunkt der Diskussion ab (deswegen haben wir die entsprechende Passage im Brief auch weggelassen). Das Publikum in der Flora empfand die Szenen als Sexismus: Eine (leider) kleine Minderheit im negativen Sinn, die überwiegende Mehrheit fühlte sich in ihrem eigenen Sexismus bestätigt und zu lautstarken entsprechenden Pöbeleien ermutigt. HbW wiederum sahen sich durch die sexistischen Sprüche vieler ZuschauerInnen (leider hat das große i hier durchaus seine Berechtigung) damals nicht mißverstanden, jedenfalls sahen sie keinen Grund zur Unterbrechung des Programms.

Die Hoffnung, innerhalb von HbW sei ein Denk- und Diskussionsprozeß in Gang gesetzt worden, hat die Gruppe spätestens mit ihrem jetzigen Brief zerstört.

Ihre Klagen darüber, daß sie als "engagierte Linksradikale" nun genauso angegriffen werden wie sonst "der Staat und die Schweine" (und andere Sexisten auch), zeigt, daß sie nix begriffen haben.

Nochmal O-Ton HbW: "Leuten und Gruppen, die nun den aktiven Boykott unserer Vorstellungen planen und vorbereiten, sagen wir mal folgendes: Schaut Euch das Programm erstmal überhaupt an."

Nix da! - sagt die Zeck-Redaktion: Die zulässige Schmerzgrenze ist längst überschritten!





Die schärfsten Kritiker der Elche werden selber welche ...!?

Winfried Bonengels Film "Beruf Neonazi" hat einen erheblichen Erkenntnisgewinn in den letzten Wochen gebracht. Das ist weniger seinen filmischen Qualitäten zuzuschreiben, als vielmehr dem Gehalt der zahlreichen Stellungnahmen, die Bonengels 83minütiges Werk provoziert hat. Einen weniger schillernden Beitrag lieferte die "AG Kultur und Geschichte" (im Folgenden kurz AG) in der letzten Zeck-Ausgabe Nr. 25. Was sich die GenossInnen da zusammengschrieben haben, läßt wenig Raum für die Hoffnung, daß wir als autonome und antifaschistische Linke die besseren politischen Strategien gegen die faschistische Mobilisierung zu bieten hätten als der Rest der Linken.

Das durchgängige Instrument im AG-Text ist die Stimmungsmache statt einer kritischen und nachvollziehbaren Analyse. Wir erfahren im ersten Teil, daß der Bonengel-Film ein "Nazi-Film" sei, "faschistische Propaganda", Bonengel selber ein "Kamerad", also ein Faschist. Es bleibt zunächst im Dunkel polemischer Wendungen, wie die AG zu diesen Urteilen kommt. Schließlich erhalten wir im beginnenden zweiten Abschnitt die Information "dieser Film ist tatsächlich indiskutabel - in jeder Hinsicht". Aber wieso eigentlich "tatsächlich"?

Viele Tatsachen lieferte die AG bis dahin nicht, immerhin ahnen wir, daß einige GenossInnen der AG offensichtlich den Film gesehen haben, um dann mitzuteilen, daß dieser Film nicht freizugeben ist. Und was haben sie gesehen? Eine schlechte Kameraführung, einen trägen Film und außerdem hörten sie lediglich artig gestellte Fragen aus dem Off. Es scheint - denn mehr ist über den Film nicht zu lesen -, daß das allen Ernstes die Kriterien seien sollen, Bonengels Film als Nazifilm und faschistische Propaganda zu qualifizieren. Es wäre den GenossInnen der AG zu wünschen gewesen, sie hätten sich diese Etikettierung schlicht gespart. Denn es entsteht der Eindruck, daß Kategorien wie "nazistisch" oder "faschistisch" nicht das Ergebnis einer nachvollziehbaren politischen Analyse sind, sondern die polemischen Steigerungsformen von "dumm" und "schlecht" - das ist in der Konsequenz jedoch keine legitime politische Wertung, sondern in der Form der AG platte Denunziation. Dies trifft umso mehr zu, als daß die Einschätzung, der Film sei "indiskutabel", nicht haltbar ist, wenn zur Kenntnis genommen wird, daß Ingrid Strobl zwar in der konkret 1/94 gegen Bonengel Stellung bezieht (ohne ihm das Etikett "faschistisch" anzuhängen), Klaus Theleweit in einem ausführlichen taz-Interview vom 22.1.94 sich unter anderem auf Strobl beziehend für eine öffentliche Auseinandersetzung mit "Beruf Neonazi" einsetzt und den Film sehrwohl für diskutabel hält. Damit setzt sich die AG überhaupt nicht auseinander, stattdessen bemüht sie formelhaft "unsere Diskussion um einen linken, revolutionären Kunstbegriff", für die Bonengels Film, als frei von Moral, abschreckendes Anschauungsmaterial liefere. Das Reklamieren von Moral, zusammengefaßt mit dem durch die AG formulierten Vorwurf an taz, Kino 3001 usw., zu glauben, es könne über alles geredet werden, was Nazis öffentlich als Thema aufzwingen, wird zu einer interessanten Mischung: Letzterer Vorwurf bedeutet im Umkehrschluß, daß nicht über alles geredet werden dürfe, und das dann auch noch aus Gründen der Moral. Mit guter Moral allein jedoch manövriert sich die Linke in eine fatale Defensivposition, wie der Historikerstreit zeigte, in dem sich Nolte u.a. die auch nie [illegible] begründete Singularitätsthese [illegible] d.R.) der Linken vor[illegible], ganz ohne mit der Wimper zu zucken Faschismus und Stalinismus gleichsetzten - die Linke wollte sich darauf lange nicht einlassen, mit dem Ergebnis, Nolte über einige Jahre das Feld für seine revisionistischen Theorien überlassen zu haben (und zwar lange vor 1986 ...!).

Deswegen muß selbstverständlich über "alles" geredet werden, gerade dann, wenn Nazis Themen besetzen wollen. Die Frage ist nämlich nicht, ob uns Nazis eine Diskussion um die "Auschwitz-Lüge", "Ausländer raus" oder "Euthanasie" aufzwingen, sondern wie sich die Linke dazu verhält. Das hat nichts mit einer

pauschal unterstellten Komplizenschaft zu tun, wie sie die AG unterstellt ("munteres Doppelpaßspielchen"). Vielmehr steht die Frage auf der Tagesordnung, wie eine linke Strategie die sich formierende faschistische Rechte bekämpfen kann, ihre Ideologie diskutiert und öffentlich demontiert werden kann, ohne daß faschistisch-revanchistische Inhalte oder deren Interpreten zum Teil eines legitimierten Diskurses in der politischen Auseinandesetzung werden können. In diesem in der Tat schwierigen Spannungsverhältnis von Diskussion, Demonstration, öffentlicher Ächtung und dem aktiven Vorgehen gegen Faschisten muß sich Bonengel mit seinem Film "Beruf Neonazi" der Auseinandersetzung stellen. Diese Auseinandersetzung muß mit Argumenten, nicht mit Stimmungsmache geführt werden - die AG hat in ihrer Kritik von "Beruf Neonazi" nur letzteres zu bieten.

Der Eindruck argumentativer Unzulänglichkeit setzt sich im AG-Text fort, so wenn es um das Metropolis Kinopublikum geht: "Das Publikum der Hamburger Vorstellung bestand im wesentlichen aus gebildeten, liberalen Menschen zwischen 25 und 45, eher Studierende, KünstlerInnen, AkademikerInnen als Schüler, Azubis und ArbeiterInnen." In der Gegenüberstellung von künstlerischer Intellektuellenriege hier und SchülerInnen, Azubis und ArbeiterInnen dort, werden die zuweilen hausbackenen Wertekategorien der AG sichtbar. Die wertende Gegenüberstellung soll ja wohl schließlich andeuten, daß das SchülerInnen-, Azubi-, und ArbeiterInnendasein an sich schon eine Qualität darstellt und eine besondere (moralische?) Qualifizierung für eine Teilnahme an der Diskussion über "Beruf Neonazi" bedeutet. Es wird nicht recht klar, was es nun erklären soll, wenn nicht die Behauptung, daß SchülerInnen, ArbeiterInnen etc. besser gewappnet sind gegen faschistische Propaganda; ganz im Gegensatz zu den liberalen Kreisen. Deren Beschäftigung mit faschistischen Inhalten habe nur die Aufwertung rechter Propaganda zur Folge und führe zur Integration faschistischer Inhalte in den politischen Alltagsdiskurs und spiele den strategischen Zielen der rechten Kräfte in die Hände. Diese Argumentationsstruktur erinnert an den längst vergessen geglaubten Prolet-Kult vergangener Tage und spiegelt nicht die aktuelle gesellschaftliche Realität wider.

Wie dem auch sei, die AG behauptet jedenfalls, daß Alt-68er individuell einer Anfälligkeit für die Macht und Anziehungskraft der Ästhetik des Faschismus erlägen und im Kollektiv sich zum kritiklosen Verkünder faschistischer Inhalte machten, im O-Ton der AG: "Wenn diese alternativen Kulturträger nun als gleichgeordnet zu den kommerziell systemstabilisierenden Medien erkannt wurden, bleibt die Frage, ob sie sich nicht durch ihr entschlossenes Eintreten für den Nazi-Film besonders profaschistisch engagiert haben ...". Schließlich resümiert die AG nach dieser rhetorischen Frage etliche Zeilen später: "Offenbar führt hier ein veralteter und unpolitischer Begriff von Aufklärung und humanistischer Urteilsbildung zu profaschistischem Engagement." Das ist ein flottes Urteil, doch die zur Schau getragenen Selbstsicherheit verdeckt nicht Befindlichkeiten der AG, die sie mit dem Rest des autonomen und antifaschistischen Teils der Linken teilt: Inhaltliche Verunsicherung und Konzeptionslosigkeit angesichts der sich formierenden faschistischen Kräfte in der BRD. "Schwächliche Stimme", "mobilgemachte taz-Leserschaft", "todesmutig", "Liquidation" sind sprachliche Indikatoren für eine bloße Verächtlichmachung Bonengels im ersten Fall und ansonsten für eine aggessiv-abwehrende Haltung, die wenig von Souveränität, aber eine Menge von Bedrohungspotentialen zeugt, mit der sich die AG konfrontiert sieht. Denn wie wird "mobilgemacht", wenn nicht im Bedrohungsfall, wer tritt wem "todesmutig" entgegen, wenn nicht einer Gefahr, und wo wird "liquidiert", wenn nicht im Kampf. Beim Thema "Beruf Neonazi" und die 68er scheint es ums Ganze zugehen, so bedrohlich ist die Lage! Denn vorbei sind die guten alten Zeiten, in denen wir von Faschismus sprachen, uns über die depperten "Glatzen", die eh nichts geregelt kriegen, lustig machen durften. Der Faschismus hat wieder "Gesichter" bekommen, die die Regeln der Demagogie und Hetze beherrschen und u.a. Worch und Althans heißen. Er hat publizistische Standbeine wie die "Junge Freiheit", universitäre Fürsprecher wie Nolte, der so gerne alles relativieren möchte. Und vor allem sind es "normale" Deutsche, die uns anblicken. Unsere bequemen antifaschistischen Lebenslügen fallen uns so auf die Füße:

- Wir haben uns bisher nicht ernsthaft mit dem zentralen Aspekt des deutschen Fashismus, der Ermordung des europäischen Judentums auseinandergesetzt. Was können wir also anders als stammeln, wenn uns Leuchter, Zündel und Faurrison ihre perfiden "Beweise", Auschwitz habe es nie gegeben, vorhalten?
- Statt uns in erster Linie als Nachgeborene der deutschen Tätergeneration zu begreifen, haben wir uns über das ideologische Konstrukt der faschistischen Kontinuität auf die Seite der Opfer gelogen. Deswegen ist "Beruf Neonazi" eine Infragestellung dieser unhistorischen Gehirnakrobatik und so unbequem anzuschauen.
- "Folgerichtig" reflektieren wir angesichts dieses bequemen Antifaschismus kaum unsere eigenen blinden Flecke: Antizionismus halten wir noch immer für einen linken, emanzipatorischen Begriff (und kennen ihn nicht als ursprünglich unter Stalin 1947/48 konstruierten Terminus der mörderischen antisemitischen Kampagnen in der Sowjetunion); Totenkopfflaggen gelten immer noch als störtebekernes Modeassecoir (und nicht als Symbol der konterrevolutionären Reichswehrverbände 1918/19 und der Waffen-SS); wir lesen gerne die Tagebücher der Anne Frank, die wenigsten werden die Autobiographie des KZ-Kommandanten Rudolf Höß kennen usw., usf.

Konzeptionslosigkeit war schon immer ein schlechter Ratgeber - sie führt, wie das Beispiel der AG Kultur und Geschichte zeigt, zu publizistischen Amokläufen, die aus Bonengels Film faschistische Propaganda macht, Bonengel zum faschistischen Propagandachef ernennt, alternative Kulturträger zu profaschistisch Engagierten und einem angeblich angeblich veralteten unpolitischen Aufklärungsbegriff gepaart mit humanistischer Urteilsbildung kurzerhand profaschstisches Potential attestiert. Nur unser "linker und revolutionärer Kunstbegriff" und "die entsprechende Kulturpolitik" (O-Ton AG) stehen über diesen ganzen Deformationen? Wenn wir im Kampf gegen die Formierung der faschistischen Kräfte in der BRD nicht mit mehr Bereitschaft zur Auseinandersetzung, die mehr als die Verkündung liebgewonnener Thesen sein muß, gehen, werden wir uns sehr schnell in der Defensive befinden, ohne Perspektive für Ansatzmöglichkeiten einer linken, emanzipatorischen Politik, die die Utopie einer revolutionären Alternative zum nationalistischen und rassistischen Grundkonsens der heutigen Gesellschaft verfolgt. Das Gebaren im Stile stalinistischer Kulturpolitik ist jedenfalls der falsche Weg.

NN.



An (nicht mal alle) Männer der Prozeßgruppe Gerhofstraße

1

Warum habt Ihr das bloß geschrieben?
Weil es nach zwei öffentlichen Angriffen von feministischen Gruppen der Szene-Kodex so verlangt?
In der Hoffnung, daß drei Seiten - einfach weil's drei Seiten sind angereichert mit viel oft, viel gut "Auseinandersetzung", "Kritik" und "Fragen", was auch immer damit gemeint sein soll - die Gemüter zufriedenstellen und es wieder ruhig im Viertel wird?
Wo sind sie hin, Eure Wut, Euer Ärger, vielleicht auch Eure Bestürzung über den Vorwurf, Euer Verhalten sei Täterschutz?
Runtergeschluckt, weil mann den feministischen Angriff am besten ins Leere laufen läßt, wenn mann so tut, als würde mann was sagen, aber eigentlich doch gar nix sagen will?

Oder ist alles ganz anders?
Und einige von Euch laufen jetzt mit nem ganz schalen Gefühl rum, weil sie wissen, daß Euer Versuch, 'als Männer gemeinsam was zu sagen' ein 'nichtssagendes Kompromißpapier' gezeitigt hat?
Dann wäre es allerdings notwendig gewesen, offensiv dieses 'wir als Männer' aufzukündigen und selbst - vielleicht alleine - Stellung zu nehmen.
Denn jede Konsenssuche in dieser Frage 'unter Männern' schützt nur die reaktionärste Position und 'schützt' fortschrittlicher denkende Männer davor, sowohl ihre eigenen Genossen anzugreifen, als auch sich mit ihrer Position grade- und angreifbar zu machen.
Oder kurz gesagt: Jede Konsenssuche unter Männern bedeutet Männerkumpanei - und deswegen ist Eure Stellungnahme auch alles andere als ein nichtssagendes Kompromißpapier.

Wie auch immer, wir nehmen Euer Papier als das, was es ist:

Ein Versuch, an der Auseinandersetzung mit der feministischen Kritik vorbeizukommen. Wie sonst wäre es möglich, drei Seiten zu schreiben, ohne mit auch nur einem politischen Satz auf die beiden Flugblätter zu antworten? Wie sonst wäre es möglich, andauernd und ermüdend von "Auseinandersetzung" zu schreiben, ohne das irgendeine/r merken kann, was das wohl für Euch ist? Wie sonst wäre es möglich, so ganz einfach gegen "einfache Lösungen" anderer zu schreiben, ohne deutlich zu machen, was Eure "Vorschläge" für ein "genaues Diskutieren" mit J.W. sein sollten?
Daß ihr dabei die Kritik der Frauen rundum bestätigt und Euren Umgang noch verteidigt, macht es nur noch notwendiger, die Auseinandersetzung weiterzuführen. Dies geschieht öffentlich, weil es für uns in der Frage der Deckung von Vergewaltiger-Anwälten nichts 'unter Männern' zu bereden gibt.



2

In dem Teil Eures Papiers, den ihr "Bewertung" nennt, wird so gut wie nichts bewertet. Dabei sollte das Papier doch "die notwendige Überprüfung unserer Entscheidungen in dem Konflikt" darstellen.
Ihr stellt noch einmal Euer Verhalten aus Eurer Sicht dar, das ist leider alles. Fast alles.
Ein Fünkchen Selbstkritik leuchtet ganz zu Ende auf ("daß wir allzu schnell die Diskussion um/mit J.W. ausgelagert haben"), wird aber sofort wieder abgedunkelt:
"Wir hätten eine heftige, vielleicht auch die Prozeßgruppe sprengende Debatte (...) riskieren können."
Ganz erschrocken schreibt Ihr da schnell ein "wir hätten riskieren können", wo Eurem selbstkritischen Anflug nach ein "hätten riskieren müssen" hingehört.
Und das scheint Euch ja nach wie vor das Undenkbare an sich zu sein: Eine Prozeßgruppe zu sprengen - wegen dem Verteidiger eines Vergewaltigers und Frauenmörders und einem Mandanten-"Genossen", der schnell gepeilt hat, wo die Zuflucht vor den bösen Frauen liegt: bei den Freiheitsrechten des bürgerlichen Mannes von 1793. Wenn's nicht so ernst wäre, wäre es richtig witzig: Wie praktisch sich doch manchmal hochtheoretische Fragen bspw. über das Verhältnis von Klassen- und Geschlechterwiderspruch klären.

J.W. hat sich - folgen wir Eurer Stellungnahme - selbst ins Abseits geschoben, da "das Gespräch, das endlich nach 7 Wochen (...) stattfand, (...) nicht über einen Anfang hinausgekommen (ist) und (...) keine Fortsetzung gefunden" hat.
Gewollt habt ihr das nicht.
Ihr wolltet mit dem "linken Anwalt und Genossen" eine "Auseinandersetzung (...) bei der es nicht um Scheinklarheiten geht", die zu einem Ergebnis "jenseits von einfachen Lösungen" führt.

Ganz abgesehen davon, daß ihr die Haltung aller Frauen und Männer, die es prinzipiell ablehnen mit Vergewaltigeranwälten zusammenzuarbeiten mit Begriffen wie "Scheinklarheit" und "einfache Lösung" diffamiert (und wir hatten uns eingebildet, es habe da mal einen Konsens in der autonomen Linken gegeben); hättet ihr ebenso einfühlsam bei einem "linken Anwalt und Genossen" argumentiert, der einen Nazischläger verteidigt? Nein? Woran liegt's? Doch nur daran, daß gegenüber einem Nazi die Verhältnisse klar sind, gegenüber anderen Männern-Tätern-Täterschützern aber wohl nicht, und so bastelt Ihr mit der so hochbeschworenen Sensibilität gegenüber den "Ängsten/Blockaden" J.W.s doch nur weiter an der Verteidigung des Status Quo: Wo jedes klare Verhalten mal eben als "Scheinklarheit und einfache Lösung" weggeputzt werden kann und womöglich noch verantwortlich ist für die "Ängste und Blockaden" des "linken Anwalts und Genossen" läßt sich möglicher Kritik am eigenen patriarchalen Verhalten schon mal gelassen und mannhaft entgegenblicken: Mutti, Mutti, sie hat überhaupt nicht gebohrt!



Ihr wolltet eine "Auseinandersetzung" und habt deswegen - weil die Prozeßgruppe so heterogen war - Euch auf einen "Kompromiß" verständigt:
"Die Auseinandersetzung um sein Verhalten findet vorläufig parallel zur Prozeßvorbereitung statt."

Was Ihr hier auch nach der massiven Kritik von Feministinnen an Euch und wir-wollen-gar-nicht-wissen-wieviel Beziehungsgesprächen immernoch sturzdemokratisch als "Kompromiß" verteidigt, bedeutet rein faktisch die Übernahme der reaktionärsten Position Eurer Gruppe: Freie Anwaltswahl für freie Männer.
Die ganze Litanei ("auch wir als linke Männer" seien oft zu unbewußt, anderes wäre "für uns Männer verlogen gewesen" etc.) Eurer Selbstzweifeleien schmiert nicht das zu, was das Resultat ist:
Die Verteidigung männlicher Definitionsmacht.
Ihr habt als Männer durchgesetzt, wie Konflikte und vor allem mit welcher Konsequenz sie geführt werden.
Ganz real: Ihr habt allen Frauen auferlegt, daß sie sich mit einem Vergewaltigerverteidiger konfrontieren lassen müssen, sofern sie sich in gemischten (das heißt: männlich dominierten) Zusammenhängen bewegen. Soweit zu Euren Begriffen von "Kompromiß" und "heterogener Gruppe".
Es geht an diesem Punkt nicht die Bohne um die Frage, wie "unbewußt" auch "wir" als linke Männer "häufig an Probleme herangehen"- ein Kräherich hackt dem anderen kein Auge aus - sondern ob Männer bereit sind, ihre Definitionsmacht abzugeben.
Das hätte bedeutet, von der Erfahrung der ehemaligen Mitarbeiterinnen J.W.s auszugehen und ihre Haltung, den Kontakt zu J.W. abzubrechen, zu unterstützen. Also für Euch: dafür zu sorgen, daß ihm kein Mandat aus der Linken zukommt. (Mit Ende des Gerhofstraßen-Prozesses seid Ihr unsreserachtens da auch noch nicht aus der Verantwortung raus: Ihr habt mit Eurem Vorgehen J.W. als Anwalt der Linken legitimiert. Wenn Ihr an Eurer Prozeßgruppe irgendwas verstanden habt, müßte es zum Beispiel Eure Sache sein, im Hafen zu intervenieren; sind die doch durch die Türe gegangen, die Ihr aufgemacht habt.)
Aber Ihr habt die Auseinandersetzung der Frauen mit J.W. schlichtweg nicht ernstgenommen: Die Männer schreiten zur Tat und setzen - als ob nichts gewesen wäre - eine neue, vernünftige Auseinandersetzung (jetzt endlich mal ohne "Scheinklarheiten", "einfache Lösungen" und weiteren Klimbim) an; ja, selbst eine richtige Untersuchung soll's nun sein - Ihr redet von Fragen an J.W. - nach deren positivem oder negativem Ausgang entschieden wird. Ihr habt diesen Umgang in Eurem Papier dargestellt, Euch an keinem Punkt kritisiert: Damit habt Ihr nun in Eurer Stellungnahme ein weiteres Mal den Kampf der Mitarbeiterinnen und die Konsequenzen, die sich aus ihrer Konfrontation mit J.W. ergeben, beiseitegewischt und darauf beharrt, daß Ihr es seid, die hier Definitionsmacht und somit Entscheidungskraft haben.

3

Aber Ihr wolltet die "bekannte übliche Konfliktentwicklung bei derartigen Auseinandersetzungen durchbrechen" und einen Raum für Diskussionen schaffen. Dies nicht zu tun "wäre im Grunde nur opportunistisch gewesen".
Was heißt denn opportunistisch?

Opportunismus bedeutet die "allzu bereitwillige Anpassung an die jeweilige Lage um persönlicher Vorteile willen" (Duden).
Was ist die Lage?
Bleiben wir der Einfachheit halber in der Szene, die dem eigenen Selbstanspruch nach der fortschrittlichste Sektor der Gesellschaft ist:
In Gießen läuft seit Monaten der Versuch eine Hexenjagd - ein anderer Begriff fällt uns wirklich nicht ein - gegen Feministinnen zu inszenieren, die einen Vergewaltiger beim Namen genannt haben. (Siehe die Gießener Zeitung 'Unzensiert' im Schwarzmarkt.)
In Hamburg wurde eine Frau, die den Vergewaltiger ihrer Tochter mit Namen und Bild offen gemacht hat, massiv angegriffen. Typen reklamierten nicht nur hier das Recht an der 'Prüfung' der 'Vorwürfe' und eventueller Konsequenzen beteiligt zu sein. Ihr selbst - an dieser Stelle in Eurem Text sind wir einfach immer wieder sprachlos - sprecht Euch nicht nur das Recht zu, auch als Träger des Patriarchats über die 'Rehabilitierung' sexistischer Gewalttäter entscheiden zu können, nein, Ihr entblödet Euch nicht einmal, noch generös festzustellen, daß dies selbstverständlich "nicht nur von Männern, sondern nur zusammen mit Frauen entschieden werden kann."

In dieser Situation ist es nicht "im Grunde opportunistisch", wenn Männer an Punkten, die ihnen deutlich werden oder sagen wir lieber: deutlich gemacht wurden, sich gegen den patriarchalen Normalzustand stellen und sich offen gegen einen ausgemachten Täter oder Täterschützer verhalten, sondern das erste, was ihnen ansteht: Männersolidarität, die innerhalb der herrschenden Verhältnisse immer Verteidigung der eigenen Herrschaftsbeteiligung, immer Männerkumpanei ist, aufzukündigen und (hier: Definitions- und Entscheidungs-)Macht abzugeben.

Wer darüber klagt, daß das eigene Bewußtsein patriarchaler Zurichtung unterliegt, muß eben Schritte, einen Kampf, dagegen entwickeln.
Das bedeutet mehr als die bloße Einsicht, daß wir in unserer sozialen Existenz als Männer selbst Gegenstand revolutionärer, nämlich feministischer Politik sind.
Es bedeutet anzuerkennen, daß sich kritisches Bewußtsein von Männern über ihre Funktion im Geschlechterwiderspruch nicht aus 'sich selbst heraus' oder gar aus einer 'Freiwilligkeit' begründen kann, sondern überhaupt nur als Folge des Frauenkampfes bestimmbar ist. Damit gibt es aber keine antipatriarchale Praxis von Männern, die sich als 'unabhängig' vom Frauenkampf und seinem politischen Inhalt, dem Feminismus, definieren kann.



In der Flora bietet ein 'Szene-Kabarett' eine sexistische, gewaltverherrlichende Show, Frauen und einige wenige Männer, die dagegen vorgehen, beschreiben später eine Situation, die für sie reale Bedrohung gewesen ist. Wir glauben, das sollte reichen, um die "jeweilige Lage", den 'antipatriarchalen Zustand' der linken Szene zu skizzieren. Alles weitere läßt sich hochrechnen.

Die ewige Klage darüber, daß 'wir als Männer' nun leider immer noch nicht zum Neuen Menschen mutiert seien, es uns von daher nicht zustünde, andere Männer blablablubb, zementiert nur die Zustände. Das ist dann nicht nur Opportunismus - also nicht nur anpassendes Verhalten gegenüber den Zuständen: Männer tun sich gegenseitig nichts, und solange von Frauen nix kommt, herrscht Ruhe - sondern faktisch deren aktive Reproduktion. Die andere Seite der Medaille ist das augenzwinkernde Einverständnis mit Sexismus und patriarchaler Zurichtung, der eigenen, wie der anderer Männer. (So sind wir halt, gell?)

Im Bewußtsein dieser Tatsache bedeutet das aber auch loszugehen: Und das heißt zum Beispiel auch, daß Männer - egal ob in 10-jährigen Freundschaften oder autonomen Gruppen - sich dem männerbündischen gegenseitigen 'Verstehen' verweigern, aufhören sich wechselseitig gegen Forderungen von Frauen Schutz zu sein, sondern sich gegenseitig den Boden eigener Privilegienverteidigung entziehen.

dieser und jener und ein paar andere
März 94

Polizeiterror gegen antifaschistischen Widerstand in Stuttgart

Anläßlich des 10-jährigen Bestehens der faschistischen Partei "Die Republikaner" in Baden-Württemberg fand am 18.3.94 im Stuttgarter Kongresszentrum Liederhalle-Hegelsaal ein Jubiläumsball statt. Mit den Einnahmen des Kartenverkaufs (Eintrittspreis 120 DM) sollten unter anderem die Wahlkampfkosten in "Mitteldeutschland" finanziert werden. Als "besonderer Überraschungsgast" war außerdem Frau Schönhuber geladen.

Autonome antifaschistische Gruppen hatten zur Blockade des Eingangs des Hegelsaals aufgerufen, die allerdings durch Absperrgitter und die massive Präsenz der Polizei undurchführbar wurde.

Als sich der Demonstrationszug der Liederhalle näherte, versuchten die anwesenden Polizeieinheiten die ca. 350 DemonstrantInnen zurückzudrängen. Hinter den Absperrgittern standen Polizeieinheiten mit Hunden bereit. Der Demonstrationszug wurde unter brutalem Knüppeleinsatz auf die Kreuzung Schloßstr./Büchsenstr. zurückgetrieben. Durch gezielte Schläge ins Gesicht kam es hier zu den ersten Kopfverletzungen. Die Demo-SanitäterInnen waren nicht in der Lage, medizinische Hilfe zu leisten, weil die Polizei kurz nach Beginn der Demonstration das Jugendhaus "Mitte" völlig abgeriegelt hatte und Personen den Zu- bzw. Ausgang verwährten. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich auch die Demo-SanitäterInnen dort und konnten erst nach längerer Zeit und durch Beihilfe eines Anwalts das Jugendhaus verlassen. Unter ihnen befand sich auch ein Arzt, dem die Polizei ebenfalls den Ausgang verweigerte. Nach unseren Informationen mußten über 10 AntifaschistInnen stationär im Krankenhaus behandelt werden, unter anderem mit Platzwunden und Gehirnerschütterungen. Eine Festgenommene wurde von einem Beamten zu Boden geschlagen und zog sich dabei einen Nasenbeinbruch zu. Ein anderer Demonstrant wurde bei seiner Festnahme brutal mit Knüppeln geschlagen, durch einen gezielten Schlag ins Gesicht wurde ein Zahn ausgeschlagen und ein anderer schwer beschädigt. Ab diesem Zeitpunkt waren auch Pferde im Einsatz, die teilweise in die DemonstrantInnen getrieben wurden. Willkürlich wurden Menschen über die Königstraße gehetzt, mit Knüppeln geprügelt und verhaftet. Diese Verhaftungen verliefen äußerst brutal, DemonstrantInnen wurden zu Boden geschmissen, verbal schikaniert und beschimpft. Unbeteiligte BürgerInnen, die sich aufgrund des harten Polizeieinsatzes einschalten wollten, wurden unter Androhung von Festnahme ebenfalls schikaniert. Noch mehr als eine Stunde nach der Demonstration nahm die Polizei in ganz Stuttgart jedeN fest, der/die in ihren Augen "links" aussah, darunter viele Unbeteiligte.

Die Verhafteten, darunter auch viele Minderjährige, wurden zum Polizeipräsidium in der Hahnemannstraße gebracht, wo sich die Willkür der Ordnungshüter von wahllosen ED-Behandlungen über Durchsuchung von Frauen durch männliche Beamten bis zu erzwungenen Unterschriften und überbelegten Zellen erstreckte. Auch hier wurden die DemonstrantInnen verbal aufs übelste schikaniert, so bekam z.B. eine Frau, die sich nach dem Weg nach draußen erkundigte, von einem Beamten die Antwort "Hier geht es zu den Duschen". Besonders Frauen wurden den Schikanen der Beamten ausgesetzt, sie wurden u. a. in völlig überfüllten Zellen unter Verschluß gehalten. Auch das Recht auf ein Telefongespräch, sowie Essen und Getränke wurden den teilweise über 9 Stunden Festgehaltenen verweigert. Allen ca. 87 Festgenommenen wurde schwerer Landfriedensbruch, bzw. Verdacht auf schweren Landfriedensbruch vorgeworfen. Nach ersten Informationen ermittelt die Polizei gegen 20 Personen wegen schwerem Landfriedensbruch. Unserer Meinung nach gibt es diesen sogenannten "Landfrieden" ohnehin schon lang nicht mehr, wenn faschistische Parteien wie "Die Republikaner" mit ihrer Hetze gegen Flüchtlinge, ImmigrantInnen und sogenannte Minderheiten den Haß in der Bevölkerung schüren. Menschen, die sich diesem faschistischen Terror entgegenstellen, werden mit Knüppeln geschlagen, verhaftet, kriminalisiert. Sogar die Freunde und Eltern der Festgenommenen, die in Autos vor dem Polizeipräsidium warteten, um die Freigelassenen abzuholen, wurden mit einem Platzverbot belegt und durch ein massives Polizeiaufgebot unter Androhung von Festnahmen vertrieben.

Wir fordern die Einstellung aller Verfahren gegen die festgenommenen AntifaschistInnen! Schluß mit der Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands.

autonome antifaschistische Gruppen

Blitz von Bullen durchsucht

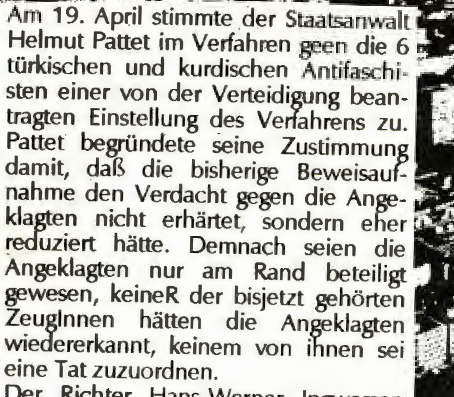
Am 16.2. um 6 Uhr morgens stürmten 150 Bullen das autonome Zentrum Blitz in Oslo. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich nur wenige Leute im Haus. Die Bullen durchsuchten das Blitz sechs Stunden lang, beschlagnahmten Gegenstände (Molotovcocktails, Knüppel, Gasmasken) und entfernten die Barrikaden vor dem Haus. Am selben Tag besuchte eine Gruppe von 25 DemonstrantInnen das Haus des Polizeidirektors und beschädigten den Zaun als Antwort auf die Bullenrazzia.

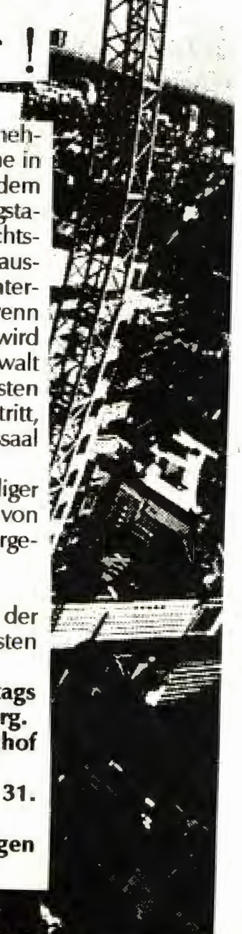
Die Bullen ließen verlautbaren, daß sie das Blitz nach Sachen durchsuchen würden, die aus Bullenautos während einer Auseinandersetzung zwischen Antifas und Bullen ein paar Tage vorher gestohlen worden wären. Sie wollten einige Antifas festnehmen, die in Verdacht standen, eine Bar (die Werbung im Naziradio "Nite Rocket" macht) angegriffen zu haben. Nachdem weitere Antifas dazukamen, gab es heftige Auseinandersetzungen, in deren Folge 7 Bullenautos beschädigt wurden. Die Stadtregierung hat nach der Durchsuchung des Blitz mehrere Ultimaten in den Verhandlungen zur Legalisierung des Zentrums gestellt, die alle zurückgewiesen wurden.

Leve Blitz! Pilestredet 30c, Oslo
Info übersetzt aus: Contra flow/ECN London, März 94



Pinneberger Prozeß geht weiter !





Am 19. April stimmte der Staatsanwalt Helmut Pattet im Verfahren geen die 6 türkischen und kurdischen Antifaschisten einer von der Verteidigung beantragten Einstellung des Verfahrens zu. Pattet begründete seine Zustimmung damit, daß die bisherige Beweisaufnahme den Verdacht gegen die Angeklagten nicht erhärtet, sondern eher reduziert hätte. Demnach seien die Angeklagten nur am Rand beteiligt gewesen, keineR der bisjetzt gehörten ZeugInnen hätten die Angeklagten wiedererkannt, keinem von ihnen sei eine Tat zuzuordnen.
Der Richter Hans-Werner Ingwersen sagte dazu, daß es noch Zeugen gäbe, welche die Angeklagten belasten könnten, um doch noch eine Verurteilung zu stande kommen zu lassen. Daß er dabei die Faschisten der FAP meint, liegt auf der Hand, da sie als einzigste neben den Bullen, welche die 6 Angeklagten festgenommen hatten, noch nicht als Zeugen verhört wurden.
Damit geht der Richter nicht nur über die Forderung der Staatsanwaltschaft als Anklagebehörde hinaus, er stößt auch eine Tür für die Faschisten auf, sich im Pinneberger Prozeß eine Bühne für ihre Propaganda zu verschaffen.

Wenn es dazu kommt, ist anzunehmen, daß die Faschisten nicht alleine in Pinneberg auflaufen werden, nachdem auch bei den letzten Verhandlungstagen vereinzelt Nazis um das Gerichtsgebäude geschlichen sind und auskundschafteten, daß die Prozeßunterstützung erheblich nachgelassen, wenn nicht gar eingeschlafen ist. Zudem wird anzunehmen sein, daß Nazianwalt Jürgen Rieger, der einen der Faschisten als Nebenkläger in dem Prozeß vertritt, dann auch wieder im Gerichtssaal sitzen wird.
Von daher wird es wieder notwendiger und dringlicher, daß der Prozeß von mehr Leuten in Hamburg wahrgenommen wird.
Fahrt zum Prozeß nach Pinneberg !
Laßt die Angeklagten nicht mit der deutschen Justiz und den Faschisten alleine !
Prozeßtermine sind jeweils Dienstags um 9 Uhr im Amtsgericht Pinneberg. (zu Fuß 5 Minuten vom S - Bahnhof Pinneberg)
Im Mai ist der 3., 10., 17., 24. und 31. ein Dienstag !!
Achtet auf weitere Ankündigungen und Flugblätter !!

Neuer Extremismus der Mitte in Deutschland?

Vortrags- und Diskussionsreihe, veranstaltet vom Hamburger Institut für Sozialforschung, 12. April bis 19. Juli 1994, dienstags, 19 Uhr. Hauptgebäude der Universität, Hörsaal A.

In der öffentlichen Diskussion um die ausländerfeindlichen Brandanschläge hat insbesondere die von Sozialwissenschaftlern aufgestellte These für Beunruhigung gesorgt, daß die rechsextremen Täter mehr und mehr aus der Mitte der Gesellschaft stammten, also nicht primär aus sozial deklassierten Schichten. Das Stichwort vom "Extremismus der Mitte " hat seitdem die Runde gemacht, wirkte aber durch seine inflationäre Verwendung eher verwirrend als klärend. Dieser Begriff hat in der Soziologie eine lange Tradition, ist jedoch nicht unumstritten. Von der Sache her wurde er von dem liberalen Soziologen Theodor Geiger eingeführt, der am Ende der Weimarer Republik darauf gestoßen war, daß die Mittelschichtparteien das stärkste Wählerpotential für die aufsteigende NSDAP boten. Der expilzite Begriff stammt von dem amerikanischen Soziologen Seymour Martin Lipset, der Ende der fünfziger Jahre in einer internationalen Studie Links- und Rechtsextremismus durch einen Extremismus der Mitte ergänzt hat. Einer seiner wichtigsten Kritiker war Ralf Dahrendorf, der sich an zentraler Stelle seines Standardwerks "Gesellschaft und Demokratie in Deutschland" mit Lipstes Kategorie auseinandergesetzt hat.

Angesichts einer Reihe von Symptomen, die auf eine Krise der Volksparteien und möglicherweise der Parteiendemokratie insgesamt hinweisen, scheint die Debatte über eine theoretische überprüfte und empirisch gesicherte Verwendung des Terminus Extremismus der Mitte überfällig. Das Hamburger Institut für Sozialforschung will deshalb in einer Vortrags- und Diskussionsreihe in der Universität die soziologischen. politikwissenschaftlichen, zeitgeschichtlichen und verfassungsrechtlichen Aspekte von Problemen der Parteiendemokratie im vereinigten Deutschland beleuchten lassen. Alle Vorträge stehen unter der Frage, wie die durch ausländerfeindliche Anschläge bedrohte liberale Demokratie verteidigt werden kann. Sind die etablierten Parteien erneuerungsfähig oder bedarf es einer Bürgerrechtsbewegung, um zum Beispiel die Rechte von Ausländern in Deutschland zu schützen und weiter auszubauen?
Zur Reihe ist ein Reader erschienen mit Texten zur Kontroverse über den Zusammenbruch der Mittelschichtsparteien und den Aufstieg der NSDAP am Ende der Weimarer Republik. Der Reader ist am Büchertisch auf den jeweiligen Veranstaltungen oder über das Hamburger Institut für Sozialforschung zu beziehen.

Veranstaltungen:

10. Mai
Implodieren die Volksparteien?
Wolf-Dieter Narr, Berlin, angefragt

24. Mai
Wie aktuell ist die Kontroverse über den Extremismus der Mitte?
Wolfgang Kraushaar, Hamburg

7. Juni
Mutiert der Kern nach rechts?
Jürgen Trittin, Hannover

21. Juni
Versagen die Institutionen? Gewerkschaften, Kirche, Schulen, Universitäten ...
Wilhelm Heitmeyer, Bielefeld

5. Juli
Intellektuelle Formierung von rechts?
Maria Zens, Bonn;
Dan Diner, Essen/TelAviv, angefragt

12. Juli
Intellektuelle Deformierung von links?
Rudolf Walther, Frankfurt;
Hauke Brunkhorst, Frankfurt

19. Juli
Die Republik verteidigen - aber wie?
Podiumsdiskussion mit: Antonia Gruneberg, Bremen; Lothar Baier, Frankfurt; Herbert Leuninger, Frankfurt; Micha Brumlik, Heidelberg

EINLADUNG
ZUM BUNDESWEITEN KONGRESS-VORBEREITUNGSTREFFEN
"Autonome auf den Weg ins 21. Jahrhundert/ GrundRisse autonomer Politik"

Nach der Veröffentlichung der Kongreß-Idee vor 2 Monaten sind einige positive Reaktionen aus dem Bundesgebiet eingetroffen.
Die Berliner Vorbereitungsgruppe will und kann aber nicht allein entscheiden, ob und unter welchen Fragestellungen der Kongreß nun stattfindet.
Deshalb laden wir alle Interessierten zu einem ersten bundesweiten Vorbereitungstreffen am 28./29.5. in 06108 Halle/S, Kellnerstr. 10a ein.
Anreise am besten Freitagabend. Beginn des Treffens SA. 11 Uhr, Abschluß SO.- Nachmittag.
Auf diesem Treffen soll entschieden werden, ob der Kongreß stattfindet oder nicht! Deswegen sollten alle kommen, die Interesse an der inhaltlichen und/ oder organisatorischen Vorbereitung des Kongresses im Herbst haben! Als möglicher Termin spricht vieles für das verlängerte Wochenende 1., 2.und 3. Oktober.
Es gibt allerdings den Einwand, daß an diesem Wochenende noch [illegible] werden könnten.
Wir wollen auf dem Kongreß die Erfahrungen und Analysen der autonomen Bewegung der letzten Jahre diskutieren und über mögliche neue Wege und Kampfformen reden. Diese Debatte umfaßt eine inhaltliche, wie organisatorische Neubestimmung. Wir glauben nicht, daß wir auf dem Kongreß sofort *die* Lösungen finden werden. Aber wir wollen den länger andauernden Prozeß der Suche nach einer neuen revolutionären Utopie und Praxis mit dem Kongreß endlich zusammen beginnen.
Weltweit diskutieren die Linken und Linksradikalen über neue Formen der Organisierung und über die inhaltliche Neubestimmung emanzipatorischer und revolutionärer Gesellschaftsentwürfe. Weltweit sind dabei noch keine begeisternden neuen Antworten gefunden worden.

Die Mühen der Ebene stehen uns noch bevor.

Stand der Diskussion in Berlin

Die Idee, einen Kongreß zu den Grundproblemen autonomer Politik zu machen, entstand in den Diskussionen über den Verlauf der Berliner 1. Mai-Demos in den letzten Jahren. Dabei wurde deutlich, daß die fehlende Kraft, die Demos als kollektiv organisierendes Projekt durchzusetzen, viel mit mangelnder inhaltlicher Substanz zu tun hatte.



Darüberhinaus geht es um die Frage der Organisierung und die Kontinuität autonomer Projekte und ihres Selbstverständnisses. Dabei ist klar, daß die Antwort nicht aus einer peppigen "Neuordnung der Parolen", auch nicht allein aus der noch besseren Benennung neuer Feinde und deren Bekämpfung bestehen kann. Sondern es bedarf zunächst mal der schonungslosen Aufarbeitung unserer eigenen Erfahrungen, Fehler und Erfolge der letzten Jahre.

Im Moment geht die Debatte darum, wo denn der Schwerpunkt dieser Aufarbeitung und Kritik ansetzen soll. Dabei gibt es hier in Berlin zwei unterschiedliche Ansätze:

1. Politik in der 1. Person, ausgehend von uns selbst. Von der emanzipatorischen Veränderung unserer Strukturen, unserer Umgangsformen untereinander und mit anderen Gruppen. Dieser "subjektive Politikansatz", der Eigenverantwortung und Selbstbestimmung als gesellschaftspolitisches Ziel und Mittel zur Durchsetzung betont, sollte auf dem Kongreß im Mittelpunkt der Reflexion stehen.

2. Wir müssen zuerst eine neue Analyse der veränderten gesellschaftlichen und globalen Verhältnisse vornehmen, weil wir die Gesellschaft mit ihren Gegnern und Bezugspunkten für unsere Kämpfe erst genauer kennen müssen, wenn wir sie verändern wollen. Andernfalls droht ein hilfloses sich im Kreisedrehen alter Politikkonzepte, aus dem wir auch mit viel gutem Willen nicht herauskommen.

"Die Selbstveränderung und die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gehören zusammen" (ein älterer, bärtiger Mann aus dem 19ten Jahrhundert)

Unsere eigene, autonome Subjektivität sollten wir nicht aufgeben. Ihre Stärken sind unübersehbar. Z.B. ist unsere autonome Kultur nicht nur Ort der Abnabelung von der gesellschaftlichen Realität und führt nicht zwangsläufig zur Ghettoisierung. In ihr entwickeln sich auch neue Werte und Normen, die eine Rückwirkung auf die gesellschaftlichen Entwicklungen haben. Eine Moral, die soziale Aneignungsformen wie z.B. Einklauen, Schwarzfahren, "Sozialbetrug" so eindeutig legitimiert, ist in der BRD außerhalb der Szene höchstens in einigen MigrantInnen-Communities zu finden. Eine Gegenkultur samt einer solidarischen Sozialstruktur ist eine Voraussetzung für die Entfaltung sozialer Kämpfe.
Eine andere Stärke der Szene liegt in dem Verständnis über die Existenz unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse. Das Bewußtsein darüber ist in den anderen sozialen Kämpfen nur selten vorhanden. Die Diskussion und Entwicklung einer Utopie, in der die unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse nicht erneut vereinheitlicht, sondern in ihrer Widersprüchlichkeit ausgehalten werden können, ist für uns derzeit nur im weiten Spektrum der autonomen Szene denkbar.
Aber wir leben nicht außerhalb der Gesellschaft. Und da ein Teil unserer Utopie auch eine grundlegend veränderte Gesellschaft ist, können wir nicht darauf "warten", daß "alle einmal so werden wie wir". Eine Möglichkeit ist, uns von uns aus auf die zu beziehen, mit denen wir dieses Projekt verwirklichen wollen. Wir können zahlreiche Menschen in anderen autonomen Organisierungen finden (Kämpfe von Frauen, von MigrantInnen, Klassenkämpfe z.B. gegen Arbeitszwang, Kämpfe von Antifas), die sich nicht innerhalb "der Szene" bewegen oder sich nicht als "Autonome" bezeichnen.

Aber wie können unsere Projekte und Strukturen in der Form gestaltet werden, daß sich die Subjekte anderer sozialer Konflikte mit ihren Zielen darin wiederfinden können?
In anderen sozialen Konflikten können wir unsere eigene Subjektivität sehr wohl einbringen. Schließlich sind wir keine besseren Menschen, sondern werden ebenso von gesellschaftsprägenden Herrschaftsverhältnissen wie Sexismus, Rassismus und Klassenwiderspruch durchzogen. Die Arbeit an der eigenen Veränderung dauert gerade unter den autonomen Männern oftmals Jahre um Jahre.
Wenn wir uns ehrlicher die Widersprüche zwischen den politischen Ansprüchen und dem gelebten Alltag eingestehen, können wir leichter wieder beides miteinander verbinden.

Bei einigen Ansätzen sind wir von der Verknüpfung unserer autonomen Subjektivität mit anderen sozialen Widersprüchen nicht so weit entfernt, wie wir manchmal denken.
Zum Beispiel:

versuchte das Berliner Anti-Olympia-Komitee (hier als Beispiel für eine lokal orientierte Kampagne) sich nach Möglichkeit auf örtliche Initiativen gegen Mieterhöhung und Vertreibung zu beziehen;

entwickeln autonome Erwerbslosengruppen ihren persönlichen Kampf ums Einkommen an Konfliktpunkten (Sozi, Arbeitsamt), in denen nicht nur Autonome kämpfen;

versuchen Antirassismus-Gruppen sich seit Jahren an einer Praxis, die die konkrete Unterstützung von Flüchtlingskämpfen nicht von der eigenen Verstrickung in den Rassismus trennt;

nehmen autonome Männergruppen die Thematisierung ihrer Täterrolle zum Ausgangspunkt, das Patriarchat als gesellschaftliches Verhältnis zu kritisieren;

diskutieren Antifagruppen nicht nur den Weg zur Stärke in der direkten Konfrontation, sondern auch, wie Hierarchie, Autoritätshörigkeiten und Kommandostrukturen in den eigenen Reihen zu vermeiden sind,

Dennoch ist klar: Wenn das alles ganz prima laufen würde, bräuchten wir keinen autonomen Kongreß über Grundsatzfragen, sondern könnten uns direkt Überlegungen praktischer Vernetzung und Organisierung widmen. Ausgangspunkte für die Idee eines autonomen Kongresses waren u.a. folgende:

Es fehlen Antworten auf die Frage nach den von vielen als überholt erklärten Formen der autonomen (Selbst-) Organisierung und militanter Politik.

Es fehlen Antworten auf die Frage, ob wir "von uns selbst ausgehend" eine neue Subjektivität finden können, während wir in einer fremdbestimmten Gesellschaft leben. Einer Gesellschaft, die versucht, jegliche Form von Selbstbestimmung unter das Diktat der Warenform und Konkurrenz zu zwingen.

Es fehlen Antworten auf die veränderte globale und gesellschaftliche Situation:

Mit dem "Sieg" des Kapitalismus und dem Zusammenbruch des "real existierenden" Sozialismus hat sich das weltweite Kräfteverhältnis entscheidend verändert. Trotz inhaltlicher Kritik am Herrschaftsystem des Sowjetmarxismus haben sich die Utopien einiger Westautonomen z.T. im Schatten des Ost-West-Gegensatzes entwickelt. Jetzt zeigt sich, daß diese Utopien so nicht tragfähig sind, wärend für Teile der Ost-Autonomen sich heute die Ausgangsbedingungen verbessert haben.

Unsere bisherige Form und inhaltliche Ausrichtung der internationalen Solidarität mit antiimperialistischen/nationalen Befreiungsbewegungen ist angesichts der Entwicklung in Salvador, Südafrika, Palästina oder Algerien nicht mehr aufrechthaltbar.

Der wieder erstarkte Nationalismus und stark anschwellende Rassismus in allen europäischen Ländern wirft die Frage auf, wie wir diesen neuen Feindbildern inhaltlich begegnen und wie wir den nationalistischen und faschistischen Vereinfachern und Agitatoren umfassenderen Widerstand leisten können.

In den letzten Jahren gab es in der BRD ein patriarchales roll-back. Es ist schlicht reaktionär, wenn wir unsere revolutionäre Utopie einer befreiten Gesellschaft ohne eine umfassende Kritik des patriarchalen Systems formulieren würden.

In der Bundesrepublik ist die Ära der relativ hohen sozialen Absicherung endgültig vorbei, und Kämpfe um Einkommen werden wieder an Bedeutung gewinnen. Hier können sich Selbstorganisierungsprozesse entwickeln, die weder von Gewerkschaften noch von politischen Parteien vertreten werden.

Die alte ArbeiterInnenbewegung hat in Europa als radikale antagonistische Kraft abgedankt. Unsere daraus resultierende Suche nach dem neuen revolutionären Subjekt war bisher vergebens und hat uns eher gelähmt.

Soweit die bisherige Diskussion der Kongreßini. Wir wollen mit diesem Papier nicht vorschnell auf Kompromisse drängen. Viel sinnvoller ist es, wenn diese unterschiedliche Vorstellungen auf dem Kongreß aufeinandertreffen. Dies in dem Sinne, daß wir an unseren Kommunikationsformen noch viel ändern müssen, damit wir uns mit anderen Positionen, die uns vielleicht gar nicht passen, dennoch auseinandersetzen. Ein Gedanke dazu wäre, zunächst mal die Stärken anderer Auffassungen zu suchen, anstatt sich auf die vermeintlichen Schwächen zu stürzen. und sie als "Papiertiger" aufzubauen, der in Folge bequem zu den Akten gelegt werden kann.

Unser Dilemma

Wir von der Kongreß-Ini stehen außerdem dem Dilemma gegenüber, daß wir einerseits nicht zuviel an Schwerpunktsetzung und Strukturierung für den Kongreß vorgeben wollen, denn es soll ja ein bundesweiter, möglichst gemeinsamer Prozeß werden. Und andererseits müssen und wollen wir natürlich auch darstellen, was sich in unseren Köpfen abspielt.
Ein anderer Punkt ist die an uns ergangene Aufforderung, wir sollten mal klar benennen, wer denn zum Kongreß kommen soll, und wer nicht. Dazu denken wir, daß die in den bisherigen Beiträgen und dieser Einladung positiv genannten Eckpunkte der Diskussion ausreichen, ein negativ formulierter "Ausschluß-katalog" ist nicht nötig



Zur Kongreß-Struktur

Ein Problem ist allerdings, daß viele von denen, die sich zwar oft nicht als "Autonome" begreifen, mit denen wir aber gerne auf dem Kongreß über gemeinsame Perspektiven reden wollen (z.B. Frauen-, Flüchtlings,- Antifagruppen und Autonome aus der ehemaligen DDR) in die Vorbereitung bisher nicht aktiv eingreifen.
Wir begreifen diese Tatsache als Ausdruck unserer strukturellen Probleme, deretwegen wir auch den Kongreß organisieren.
Für die Struktur des Kongresses heißt das:
Für oben benannte Gruppen, die ihre autonomen Kämpfe oftmals nicht als "autonome" begreifen, soll bis zum Schluß die Möglichkeit bestehen, den Ablauf und die Inhalte des Kongresses mitzuprägen.

An dieser Stelle wollen wir jetzt nicht die bisher eingegangenen AG-Vorschläge auflisten. Dazu sei hier nur gesagt, daß zwischen den Ideen, die viele interessante Diskussionen versprechen, und den realen Vorbereitungen die berüchtigte Lücke klafft. Wir halten es für sinnvoll, alle AG-Vorschläge von uns und von euch auf dem bundesweiten Vorbereitungstreffen darzustellen. Wer dort nicht hinkommen kann, sollte seinen/ihren Vorschlag also am besten schriftlich an uns oder die Interim schicken.
Daraus ergibt sich, daß die Diskussion über den konkreten Ablauf und die Art der Organisation des Kongresses (Plena/Arbeitsgruppen etc) von uns noch gemeinsam begonnen werden muß. Dabei sollten möglichst die oft negativen Erfahrungen mit bisherigen Kongressen einfließen.

Feste/Kultur/Spaß

In diesem Zusammenhang wollen wir noch betonen, daß wir natürlich auch keinen "Kopf-rockerInnen-Kongreß" wollen. Es wird ganz klar viel Platz zum Kennenlernen, Reden, Essen, Feiern, für Konzerte, Lesungen und alle möglichen kulturellen Beiträge offen bleiben. Das findet in der bisherigen Diskussion nur deshalb nicht so breiten Raum, weil es nicht so kompliziert in der Vorbereitung ist.

Also: Schickt uns eure Kritik, Vorschläge, Anregungen und AG-Vorschläge.
Und kommt am besten selbst zum Vorbereitungstreffen! (Wenn möglich, meldet euch doch vorher an wegen Übernachtung, Essen usw.).

Die Kontaktadresse ist weiterhin:
Kongreßini
c/o Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Zur Vorbereitung auf das Treffen ist es sicher sinnvoll, wenn ihr nochmal die bisher veröffentlichten Positionen nachlest. **Der Kongreß lebt und stirbt mit der Diskussion im Vorfeld.** Beiträge erschienen bisher in allen Interims ab Nr.273. Nur wenn eineR von euch keine Möglichkeit hat, an die Texte dronzukommen, schreibt uns und wir schicken sie euch zu.

TORPEDO INFORMIERT:

aus Kaltenkirchen:

WIR ÜBER UNS

Zu Anfang möchten wir uns erst einmal vorstellen: wir sind eine offene Gruppe von etwa 10 Menschen, die im JUZ-Kaki die Konzerte organisiert und veranstaltet. Weil wir selbst Spaß an der Musik haben wollen, beschränken wir unsere Auswahl der Bands vornehmlich auf die Musikstile Hardcore, Punk, Metal, Hip-Hop, Reggae, Raggamuffin. Zusammengefunden haben wir uns aus dem Bedürfnis, zeitgemäße Musik ins JUZ zu holen, weg von unzähligen Blues- und Schnulzrockabenden, hin zu Musik, die unserem Lebensgefühl entspricht, ohne Schnörkel, hart, mitreißend, tanzbar, Musik, die aus dem Bauch kommt und mitten ins Herz trifft.
Doch es geht uns bei den Konzerten um mehr, als nur nette Parties zu veranstalten. So haben Bands mit rassistischen oder sexistischen Texten bzw. Verhaltensweisen bei uns auf der Bühne nichts zu suchen. Genausowenig werden wir einem Publikum, das sich in ähnlicher Weise artikuliert, ein Forum bieten.

VORFÄLLE BEIM ...BUT ALIVE - KONZERT

Leider mußten wir nach unserem ersten Konzert mit ...But Alive feststellen, daß einige Besucher/-innen da andere Vorstellungen haben. So waren frauenfeindliche Sprüche und Anmachen keine Einzelheit, wurden die Akteure auf der Bühne z.B. als „schwule Säue" bezeichnet, ließen sich einige Typen vollaufen, um dann ungehemmt den Macker markierend, Freund und Feind anzurempeln, mit Bier rumzuspritzen, einen Ramboblick in den Augen die Konfrontation zu suchen.
All das ist sicher nicht untypisch für Musikveranstaltungen mit mehreren hundert Besuchern und Besucherinnen, doch weil das schon lange so läuft, muß es nicht noch ewig so weitergehen:
Wir behalten uns vor, diejenigen, die sich in oben beschriebener Weise verhalten und der großen Mehrheit die Stimmung verderben, vor die Tür zu setzen und ihnen Konzertverbot zu erteilen.
Um es nochmal klar zu sagen, wir wollen, daß unsere Konzerte geprägt sind von einer positiven Stimmung, einem Mit- und nicht Gegeneinander. In diesem Sinne halten wir einen Brutalpogo, wo Verletzungen der umstehenden Besucher/-innen bewußt in Kauf genommen werden, genausowenig für angebracht.

SKINHEADS AUF UNSEREN KONZERTEN

Das Faschisten bei uns unerwünscht sind, ist selbstredend. Schwieriger wird es da mit einer Gruppe von sich selbst als unpolitisch bezeichnenden „Oi-Skins" aus Kaltenkirchen und Umgebung.
Wir halten es für verantwortungslos, mit einem in der Öffentlichkeit als faschistoid besetzten Outfit (mit Springerstiefeln, Bomberjacke, kahlrasiertem Schädel) rumzulaufen, ohne sich durch äußere Kennzeichnung oder entsprechendes Verhalten klar von Faschisten abzugrenzen. Diese „Oi-Skins" bewegen sich bewußt in einer Grauzone zwischen rechten Skins und Sharp bzw. Red-Skins und spielen mit der Angst der von der Gewalt der Faschisten betroffenen Menschen.
Es ist wichtig zu sehen, daß es eine gesellschaftliche Entwicklung nach Rechts gibt, die gekennzeichnet ist durch rassistische Hetze von Staat und Medien, die faktische Abschaffung des Asylrechtes, die Verschärfung des AusländerInnengesetzes, Wahlerfolge rechter Parteien und rassistischer Pogrome, die in dieser Form erst durch den rassistischen Konsens in der Bevölkerung möglich sind, eine Entwicklung, deren schärfster Ausdruck unzählige Morde und Anschläge auf AusländerInnen, Flüchtlinge, Behinderte, Schwule, Lesben, Linke u. a. darstellen.
Angesichts dessen ist es ein Hohn, wenn diese „Oi-Skins" es nicht für nötig halten, klar Stellung zu beziehen und sich stattdessen zum einen in eine bürgerliche Privatsphäre zurückziehen und zum anderen sich dabei in ihren Äußerungen auf Individualität berufen.
Daß sich ihr Verhalten auf Musikveranstaltungen mit dem oben kritisch beschriebenen weitestgehend deckt, ist da kein Zufall, es paßt in ein Gesamtbild, das durch Mackertum, aggressives Auftreten, Gruppenzwang u.a. gekennzeichnet ist.
Deshalb fordern wir die „Oi-Skins" auf, sich in Zukunft deutlich von Faschisten und Rassisten abzugrenzen, dieses nach außen zu tragen, andererseits auch ihr aggressives und sexistisches Verhalten auf dem Konzert abzulegen.
Wir sind nicht gewillt, sie länger in dieser Form zu ertragen !

Die wiederholte Verzögerung der Haftprüfung bei Irmgard Möller ist ein Skandal!

In der letzten Ausgabe der ZECK haben wir berichtet, daß nach der Erstellung eines psychiatrischen Gutachtens nach Aktenlage voraussichtlich im März 94 die Anhörung von Irmgard Möller zwecks Haftprüfung stattfinden sollte. Der mit dem Gutachten beauftragte Mediziner erklärte jetzt nach 2 monatiger Prüfung, daß es ihm ohne persönliche Untersuchung nicht möglich sei, ein Gutachten zu erstellen. Selbst die vorgeschlagene Anhörung in seiner Anwesenheit, als Ersatz für eine persönliche Untersuchung, reicht ihm nicht aus. Die Staatsanwaltschaft Heidelberg, als Klägerin (und Sprachrohr des BKA), hatte sowieso erklärt, daß ein Gutachten nach Aktenlage nicht genüge.
Die Entscheidung liegt jetzt beim Landgericht Lübeck, das bislang noch keine Entscheidung zu Lasten Irmgards getroffen hat. Es könnte z.B. einen neuen Gutachter suchen, der sich sehr wohl in der Lage sehen würde, ein Gutachten nach Aktenlage zu erstellen.
Wie auch immer: die Entscheidung über Anhörung/ Haftprüfung wieder und wieder hinauszuzögern, ist ein Skandal sondergleichen. Immer neue bürokratische, politisch eingesetzte, Hürden halten Irmgard noch immer im Knast und können es ohne Ende tun, wenn wir unsererseits den politischen Druck dagegen nicht deutlich verschärfen. Seit Juni 1993 ist dieses Anhörungsverfahren beantragt, seit 7 Jahren die Möglichkeit zur Haftprüfung formal gegeben. In diese Richtung passiert, ist konkret allerdings noch gar nix.
WIR FORDERN SOFORTIGE FREILASSUNG VON IRMGARD UND ALLEN ANDEREN GEFANGENEN DES LINKEN WIDERSTANDES UND DER RAF

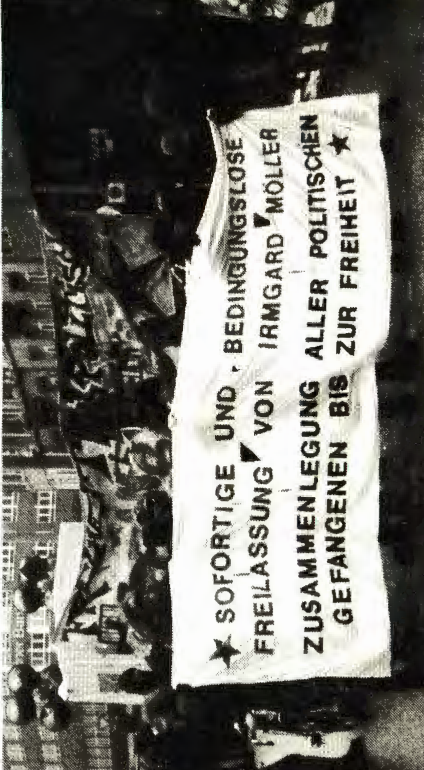


Foto: FotoArchivKollektiv

Wir ernten nicht Eure faulen Früchte
Erst hetzen, dann kürzen, dann ... Arbeitsdienst?

Erklärung zu einer Aktion in Köln:

Heute, am Donnerstag, den 28. April um 11 Uhr, haben wir, eine Gruppe von Erwerbslosen und Jobbern, Euch die faulen Früchte vor die Tür gekippt, die aus der üblen Saat Eurer menschenverachtenden Politik erwachsen sind. Wir wissen, wer die eigentlichen Drahtzieher des Sozialabbaus, der Angriffe auf unser Existenzminimum sind, wer hinter dem gerade verabschiedeten "Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung" steckt, in wessen Interesse "Ernteeinsätze" von Erwerbslosen, "Gemeinschaftsarbeiten" und Arbeitsdienste sind. Die Regierungskoalition vollstreckt nur auf ihre Weise das Programm der organisierten Unternehmer, das ihre Betriebe auf unsere Kosten wieder profitträchtig sanieren soll. Deshalb sind wir auch hier vor den Gebäuden des BDA und BDI, dem eigentlichen Machtzentrum im Lande.
Diese Aktion ist der Auftakt einer bundesweiten Kampagne gegen Zwangsarbeit und die Ausweitung nichtexistenzsichernder Arbeitsverhältnisse, die von den Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut im Februar dieses Jahres beschlossen wurde.

Die Bundesregierung plant mit ihrem Gesetzesvorhaben, ArbeitslosenhilfebezieherInnen zu unbezahlten "Gemeinschaftsarbeiten" oder zu "Ernteeinsätzen" in der Saisonarbeit einzusetzen. Wer dies ablehnt, dem soll die Arbeitslosenhilfe gesperrt werden. Diese Zwangsdienste stehen in Zusammenhang mit der (auf Druck der Bundesregierung) verschärften Praxis vieler Sozialämter, SozialhilfebezieheRinnen zu Arbeiten in öffentlichen Einrichtungen wie Gartenämtern, Schwimmbädern, Kliniken, Friedhöfen, etc. zu zwingen. Sie erhalten dafür zu ihrer Sozialhilfe zwischen einer und vier DM pro Stunde "Mehraufwandsentschädigung". Wenn sie diese Arbeiten ablehnen, wird ihnen die Sozialhilfe gestrichen.

Der besorgten liberalen Öffentlichkeit verkauft Ihr das Ganze als Beschäftigungsprogramm, denn wer will heutzutage nicht mehr Arbeitsplätze? Aber in Wahrheit betreibt Ihr damit rassistische Heuchelei! Dieselbe Regierung, die mit Regierungsabkommen die dreimonatige Ausbeutung von Ausländern in der Saisonarbeit selbst organisiert hat, begründet Zwangsarbeit für deutsche Arbeitslose nun mit dem hohen Anteil an Ausländern bei diesen Arbeiten. So wendet Ihr die Angst vor Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg bewußt gegen Ausländer. Einmal mehr zeigt sich hier, wo die eigentlichen Brandstifter sitzen.

Die Bezahlung für Saisonarbeit liegt noch unter der Höhe der Arbeitslosenhilfe, die im Durchschnitt weit unter 1000,- DM beträgt. Oft genug müssen wir noch ergänzende Sozialhilfe beantragen, um überleben zu können. Löhne noch unterhalb dieser Grenze sind an sich schon ein Skandal. Daß wir aber mit staatlicher Gewalt in solche Arbeitsverhältnisse gezwungen werden sollen, ist als ein offener Schritt in Richtung Arbeitsdienst zu werten - mit dem Ziel, noch härteren Druck auf die gesamte Lohn- und Gehaltsstruktur auszuüben.

Wir warnen alle noch Beschäftigten und Gewerkschaften davor, solchen Maßnahmen in Stammtischlaune zuzustimmen, weil so angeblich die faulen Arbeitslosen zur Arbeit rangekriegt würden. Die jüngste Entlassungswelle hat wieder einmal gezeigt, wie schnell jeder selbst arbeitslos werden kann und demnächst vielleicht mit dem Spaten zum morgendlichen Appell antreten soll.
Nur gemeinsamer Widerstand von Beschäftigten und Erwerbslosen kann die weitere Auflösung regulärer Beschäftigung und Einführung von Zwangsarbeitsverhältnissen aufhalten. Jeder abhängig Beschäftigte sollte begreifen, daß die Höhe der Sozialeinkommen ein gesellschaftlicher Schutz vor ungesicherter und nichtexistenzsichernder Arbeit und damit vor dem eigenen Abstieg ist. Deshalb müssen Erwerbslose und Beschäftigte gemeinsam kämpfen für Existenzgeld und garantiertes Mindesteinkommen, für radikale Arbeitszeitverkürzung und gegen Zwangsarbeit.

Erntet Eure faulen Früchte alleine! Diesesmal haben wir Euch nur Eure faulen Früchte zurückgebracht, in Zukunft nehmen wir uns das frische Obst und Gemüse!

Dieses Gesetz ist ein Angriff auf alle abhängig Beschäftigten:

- Die Bundesanstalt für Arbeit muß als Ergänzung zu diesen Löhnen pro Arbeitstag und Arbeitslosem 25,- DM draufzahlen. Die lohnabhängige



Versicherungszahler subventionieren damit unfreiwillig Ausbeuter, die Hungerlöhne unterm Existenzminimum zahlen.

- Durch dieses Gesetz wird nicht ein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen, es wird kein einziger von uns dadurch eine dauerhafte Beschäftigung finden, aber hunderttausende ausländische KollegInnen werden um ihre letzte Verdienstmöglichkeit betrogen. Schlimm genug, daß sie solche Arbeiten annehmen müssen; ohne sie werden sie vollends ins Elend getrieben.
- Dieses Gesetz ist ein weiterer Eingriff in die Tarifautonomie, denn mit staatlicher Gewalt werden Arbeitsverhältnisse erzwungen und zementiert, die gegen die - durch Gewerkschaften und Arbeiterbewegung - erkämpften Rechte wie Tarif- und Qualifikationsschutz verstoßen. Die staatliche erzwungene Garantie nichtexistenzsichernder Arbeit treibt nicht nur einen weiteren Keil zwischen uns und die noch Beschäftigten, sondern unterhöhlt die einzige Macht, die Gewerkschaften gegenüber Unternehmen haben: Organisation und Streik der abhängig Beschäftigten für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Staatliche Zwangsarbeiter in privaten Betrieben sind faktisch Streikbrecher.
- Die Einführung des Statistikmodells in der Sozialhilfe bekommt mit der staatlich erzwungenen Garantie nichtexistenzsichernder Löhne ihren eigentlichen Sinn: die Festsetzung der Sozialhilfe richtet sich nämlich nach den Einkommens- und Konsumverhältnissen der untersten Lohngruppen, die durch solche Zwangsgesetze immer weiter nach unten gedrückt werden.

Auf einer Linie mit diesen beschriebenen Tendenzen liegen auch weitere Maßnahmen des Gesetzes:

- die Begrenzung der Lohn- und Gehaltsbemessung auf 80% der Tarife für ABM
- die Ausdehnung des verfassungswidrigen § 249h (Umwandlung von Lohnersatzleistungen in Lohnkostenzuschüsse bei Kürzungen von Arbeitszeit und Lohn) auf den Westen
- die Einführung von "Gemeinschaftsarbeiten" (vorerst "freiwillig") für Alg- und Alhi-BezieherInnen
- die Privatisierung der Arbeitsvermittlung
- die Fortführung des Beschäftigungsförderungsgesetzes (Erlaubnis befristeter Arbeit, Leiharbeit, etc.)
- weitere Flexibilisierung der Arbeits- und Maschinenlaufzeiten durch die "zügige Verabschiedung" des "Arbeitszeitrechtsgesetzes"

Das Ziel ist die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte und soziale Kontrolle

Ein Jahr lang habt Ihr uns nun mit verschärften Kontrollen und Drohungen unter Druck gesetzt, habt uns öffentlich verleumdet und als Schmarotzer dargestellt, habt das Denunziantentum in der Bevölkerung angestachelt - in einer Zeit, in der Deutsche wieder Ausländer verbrennen - sollen wir die nächsten sein? Ist das vielleicht die Logik Eurer Marktwirtschaft, daß immer mehr Menschen einfach überflüssig werden?



Zuerst habt Ihr uns versprochen, daß unsere mageren Einkommen nicht gekürzt werden, weil Ihr 1 Milliarde im Kampf gegen den "Leistungsmißbrauch" einsparen wolltet. Dann seid Ihr aber gar nicht gegen die wirklichen Leistungsmißbraucher vorgegangen - die Reichen, Steuerhinterzieher, Unternehmer, Sklavenhändler, Leiharbeitsfirmen. Ihr habt lieber gleich uns verdächtigt und verleumdet. Und was ist dabei herausgekommen? Heute müßt Ihr kläglich zugeben, daß die ganze Hetzkampagne so gut wie nichts eingebracht hat. Wo bleiben eigentlich die Entschuldigungen für all die ungerechtfertigten und entwürdigenden Verdächtigungen und Verleumdungen? Aber selbst wenn Ihr so zwei Milliarden eingespart hättet: daß Ihr unsere Einkommen nicht kürzen wolltet. war sowieso nur eine weitere von Euren dreisten Lügen, die für uns schon zum Alltag dazugehören.

Und tatsächlich folgt schon der nächste Schlag. Erst hetzt Ihr in der Öffentlichkeit gegen uns, dann schikaniert Ihr uns und höhlt systematisch unser Existenzminimum aus! Ihr kürzt das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe. Aber das reicht alles noch nicht! Je klarer es wird, daß ihre Marktwirtschaft nie wieder genug gesicherte Arbeit für alle schaffen kann, desto unerbittlicher wollt Ihr den Menschen einbleuen, daß ausschließlich Lohnarbeit die einzige gesellschaftlich anerkannte Einkommensquelle sein darf. Je geringer die Chancen sind, eine existenzsichernde Arbeit zu finden, desto schärfer organisiert Ihr den gesellschaftlichen Druck, arbeiten zu gehen.

Und langsam wird uns auch der Sinn dieser ganzen Veranstaltung immer klarer: Unsere Phantasie und Kreativität, unsere Solidarität und unsere Tricks, uns ein einigermaßen ausreichendes Einkommen zu verschaffen - aus der Not geboren, die mageren Almosen, die Ihr uns zugesteht, ein wenig aufzubessern - haben langsam ein Ausmaß erreicht, das zum Sand im Getriebe Eurer Verwertungsmaschinerie zu werden droht. Ihr fürchtet die "Unregierbarkeit" der Armutsbevölkerung in den Stadtteilen, die Eure eigene Politik permanent und bedrohlich wachsen läßt. Eure bisherigen Versuche, mit der Deregulierungspoltik der 80er Jahre massenhaft Arbeitsverhältnisse einzuführen, von denen man kaum noch leben kann und die jegliche Kraft zum Widerstand rauben, sind an dieser Höhe der Sozialeinkommen gescheitert. Deshalb greift Ihr nun diese Sozialeinkommen an, um eine Schneise zu schlagen für das massenhafte Hereinbrechen billiger, nichtexistenzsichernder Arbeit. Ihr wollt beides: unsere billige Arbeitskraft und die soziale Kontrolle über uns. Und wo der stumme Zwang der Verhältnisse uns nicht in Eure Ausbeutungsarbeitsplätze preßt, helft Ihr mit staatlich verordneter Zwangsarbeit und Arbeitspflicht nach. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, Arbeit um jeden Preis, lieber Arbeit finanzieren als Arbeitslosigkeit!



Alle kommen!!
Frühsommerputz in der Roten Flora am Samstag, 18.6.94 (evtl. auch Sonntag) um 12 Uhr.

Aus der Rotten eine Rote Flora machen!!!



Transparentaktion am Laue-Haus in der Schanzenstraße am 10.4.94
Das Haus den Wohngruppen!!

Foto: FotoArchivKollektiv

Wir suchen :

motivierte, humorvolle, freundliche, belastbare, dynamische, aufräumwütige, kontaktfreudige, mit Hang zur Eigeninitiative und nicht zuletzt kälteunempfindliche **Menschen**, die der höchst anspruchsvollen Tätigkeit einer **Tresenschicht** am Tresen des autonomen Stadtteilkulturzentrums **Rote Flora** im Schanzenviertel nachgehen möchten.

Wir bieten :

bunte Wände, **viel** zu tun, funktionierende Kaffeemaschine, **Kontakte** zu den verschiedensten Menschen, **kein** Geld, angenehme Kühle im Hochsommer, immer gute **Informationen**, positive Eintragung in der Kaderakte, bei Bewährung **FunktionärInnenposten** nach der Revolution, bis dahin evtl. Erwähnung im **Verfassungsschutzbericht** vor der Revolution.

Interessierte melden sich bitte **Donnerstags zwischen 16 und 19 Uhr** am **Floratresen.**

Ständige Termine In der Flora:

Cafeöffnungszeiten:
in der Regel 16-22 Uhr

Mo 16-19 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv.
16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe.
17-20 Uhr Motorradselbsthilfe.
19:30 Vokü (vegetarisch, 14-tägig, nächste Termine: 9.5., 23.5.)

Di 18-19:30 Sprechzeit der Veranstaltungsgruppe (u.a. Terminvergabe und Koordination von Kulturellem).

Mi 16-19 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv.
21 Uhr jeden 1. Mittwoch im Monat: offenes Treffen der Antifa Schanzenviertel.

Do 16-19 Uhr Infocafe (u.a. Raumvergabe für Veranstaltungen, feste Nutzung).

Fr 9-12 Uhr Kindercafe mit Frühstücksbüffet und Spielangebot. (14-tägig, nächste Termine: 6.5., 20.5.)

Sa 11:30-15 Uhr vegetarisches Frühstück.
16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe.

So 19:30 vegane Vokü (14-tägig, nächste Termine: 1.5., 15.5. 29.5.)

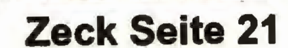
KEINE KRIMINALISIERUNG DES ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDS UND DER SELBSTVERTEIDIGUNG VON IMMIGRANTINNEN - EINGREIFEN IST GERECHTFERTIGT!

Kommt zur bundesweiten

DEMONSTRATION

Samstag 21. Mai, 15 Uhr
Berlin, Breitscheidplatz (Nähe U-Bahnhof Zoo)
Kundgebung vor der JVA Moabit

Für ein Bündnis aller, die sich dem Menschenverachtenden Faschismus entgegenstellen



Die antifaschistische Vergangenheit Hamburgs kennenlernen

landesjugendring hamburg e.v.
Alfred-Wegener-Weg 3, 20459 Hamburg
Tel.: 319 53 45

Alternative Stadtrundfahrt

Zu den Stätten der nationalsozialistischen Verfolgung und des antifaschistischen Widerstands in Hamburg 1933-45

Innenstadtroute:
04.6.94 ,10 Uhr
20.7.94, 10 Uhr
03.9.94, 14 Uhr

Neuengamme-Route:
15.5.94, 10 Uhr
26.6.94, 10 Uhr
18.9.94, 10 Uhr

Schwerpunktfahrten:
30.4.94, 10 Uhr, Hamburger ArbeiterInnenbewegung von 1868-1994
02.7.94, 10 Uhr, Schwule in Hamburg 1933-1945
16.7.94, 14 Uhr, Bombenangriffe gegen die Zivilbevölkerung

Abfahrt am ZOB, Fahrtdauer ca. 4 Stunden

Mit dem Fahrrad zu den Stätten der Bombenzerstörung und des Feuersturms sowie der Verfolgung 1933-45

Rothenburgsort/Hammerbrok
19.06.94, 14.30 Uhr
25.09.94, 14.00 Uhr
Treffpunkt S-Bahn Berliner Tor, Ausgang Bürgerweide

Barmbek/Dulsberg/Eilbek
11.06.94, 14.30 Uhr
Treffpunkt U-Bahn Mundsburg

Friedhof Ohlsdorf
08.05.94, 10 Uhr
05.06.94, 15 Uhr
10.07.94, 10 Uhr
04.09.94, 10 Uhr
Treffpunkt U/S-Bahn Ohlsdorf, Ausgang Friedhof

Neue Fahrradrundfahrten

Arbeitersport in Hamburg

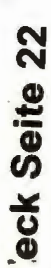
17.05.94, 17.00 Uhr
18.05.94, 17.00 Uhr
19.05.94, 17.00 Uhr
21.05.94, 14.30 Uhr
Treffpunkt: Alte Feuerwache am Millerntor, gegenüber dem Heiligengeistfeld (Fahrradverleih)

Wilhelmsburg in der NS-Zeit
8.5.94, 11 Uhr
Treffpunkt: Geschichtswerkstatt am Steubenplatz

Die andere Hafenrundfahrt

Barkassenfahrt zum Themenschwerpunkt Nationalsozialismus, Widerstand und Verfolgung 1933-45
08.5.94, 10 Uhr
05.6.94, 10 Uhr
10.7.94, 14 + 16.30 Uhr
04.9.94, 15 Uhr

Treffpunkt: Anleger Vorsetzen, U-Bahn Baumwall
Fahrkarten beim Landesjugendring (040/319 53 45)





Rote Flora im Mai:



Butoh-Tanz am 10. und 12. Mai

1.5. Konzert: Youth Brigade und Panikos. Youth Brigade, die Hardcoreveteranen aus LA, präsentieren ihre neue LP. Panikos (Griechenland), stilistisch vergleichbar etwa mit den Melvins, werden den Abend eröffnen. Großer Saal, 21 Uhr.

5.5. Konzert: Horace Pinker (Texas) und Donkey (Holland). Leoncavallo, 21 Uhr.

6.5. Konzert in der Volxküche: **Higgins** (Jazz), 21 Uhr.

7.5. Tauschmarkt Die schönste Form des bargeldlosen Handels, großer Saal ab 13 Uhr.

10. und 12.5. Butoh-Tanz: **Barbies and Kenn's** (Dänemark) und **Bats** (Hamburg präsentieren das Butoh-Festival: ***Open Letters***. In einem Moment ist unser Lebensverlauf klar und geordnet; Augenblicke später zerfällt die Klarheit in fundamentales Chaos. Entblätterungen/Enthüllungen des Individuums sich selbst und der Außenwelt gegenüber; das Schöne, das Groteske, Dunkelheit und Licht. Collagenhafter Bilderbogen des menschlichen Lebens, dargestellt in 10 Bildern a 1/2 Stunde, mit 7 Min. Pause dazwischen. 370 Min. zwischen Poesie und Wirklichkeit. Performance von 10 TänzerInnen. Das Publikum kann kommmen und gehen, wie es ihm beliebt. Großer Saal, 18 Uhr.

11.5. Film: "Rollo aller", Teil 1 & 2, mit musikalischer Untermalung (Liveband), großer Saal, 20:30.

14.5. Film in der Vokü: "Hotel Terminus" von Marcel Ophuls. Während der deutschen Besatzung in Frankreich hatte die GESTAPO in Lyon ihr Hauptquartier im Hotel Terminus errichtet. Dort beging der als "Henker von Lyon" berüchtigt gewordene Klaus Barbie seine Verbrechen. Barbie ist verantwortlich für Folter und Mord an hunderten von Menschen und gehörte nach dem Kriegsende zu den von den Franzosen am meisten gesuchten Kriegsverbrechern. Doch im Dienste des amerikanischen Militärgeheimdienstes CIC genoß er Schutz und konnte 1951 mit Hilfe der Amerikaner nach Bolivien fliehen. Erst 1983 wurde Barbie an Frankreich ausgeliefert. Marcel Ophuls erzählt anhand von Dokumenten und Augenzeugenberichten die Geschichte Barbies. 4 1/2 Stunden, Vokü, 15 Uhr.

15.5. Ausstellung im Leoncavalloraum: **Malerei** (bis 26.5).

16.5. Informationsveranstaltung: Die "Anti-Antifa" - Kampagne der Neonazis. Hintergründe und Informationen. Die von der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)" - mit Christian Worch an der Spitze - initiierte Terrorkampagne "Anti-Antifa" ist mit der Zielvorstellung eines Bürgerkriegs verbunden, der den Rechten eine Machtergreifung eröffnen soll. Die Kampagne stellt im rechten Lager eine organisierende Kraft dar und wird inzwischen von einem breiten Spektrum getragen. Die Anti-Antifa-Kampagne der Nazis hat eine Entsprechung im staatlichen "Anti-Antifaschismus", der von der "Bundeszentrale für politische Bildung" seit Jahren vorgetragen wird, durch Konservative aller Richtungen aufgegriffen und von rechten bis zu sozialdemokratischen Positionen wiedergekäut wird: Antifaschismus wird als letztes Zugpferd eines "linken Totalitarismus", als Hauptfeind der Demokratie begriffen. Volxküche, 19 Uhr.

19.5. Theaterpremiere "Alle Tage wieder" des Tanzhof Hamburg. Ein Stück über den sexuellen Mißbrauch an Kindern. großer Saal, 20:30. Kartenvorverauf im Buchladen "Die Druckerei", Cafe und Buch und Donnerstags und Freitags am Floratresen. **Weitere Vorführungen: 20.-23.5., jeweils um 19:30.**

25.5. Vollmondorchester, großer Saal, 21 Uhr.

26.5. "Finissage" der Ausstellung im Leoncavalloraum mit **"Blendenden Schönheiten"** (Kabarett) und **Party**, 20 Uhr.

5.6. Konzert: Dog Faced Hermans. Großer Saal, 21 Uhr.

Weitere Aktionen und Veranstaltungen im Mai:

1.5. Kommt zum revolutionären Block auf der **Mai-Demo** (die Weltrevolution ist für heute projektiert!) Treffpunkt: 12:30, Platz der Republik.

4.5. Delegationsbericht aus Kurdistan. Subotnik, 19 Uhr.

5.5. Veranstaltung über El Salvador. Turm, Bergiusstraße, 20 Uhr.

4.5., 20:30 **+ 5.5.**, 18 Uhr. **Film: Ghosts of the Civil Dead,** 3001.

6.-11.5. Film: Hundstage, 18 Uhr., 3001.

6.5. Lesung: Der Gefangene und von Sicherheitsverwahrung bedrohte Claus Goldenbaum liest aus seinem Buch "Totgesagte leben länger". Paralell dazu gibt es ein Ausstellung mit Bildern und Texten von Ivan Jelinic (z. Zt. Knast Bruchsaal) und Fotos von Marily Stroux. GWA, 19:30.

6., 7. und 8.5. Fest in der Hafenstraße. Konzerte auf der Bernhardt-Nocht-Straße, Höhe 6er-Block.

7.5. Solikonzert für Gefangene mit **Scarfo**(London). Aus dem Erlös sollen Knastpakete finanziert werden. Störtebeker, 21 Uhr.

10.5. Radio: Marmorschlaf. Erfahrungen eines ehemaligen Gefangenen über Knastalltag mit Drogen und HIV. Eine Text-und Musikcollage. Radio Loretta auf 96 MHz, 20 Uhr.

21.5. Bundesweite Demonstration: **"Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands - Eingreifen ist gerechtfertigt."** Für die Freilassung der 5 Berliner Anti-faschistInnen. Berlin, Breitscheidtplatz, 15 Uhr.

24.5. Radio: Sendung gegen Zwangsarbeit. Radio Loretta, 96 MHz, 20 Uhr.

4.6. Demonstration: **Dem organisierten Neo-Faschismus entgegentreten! - Kampf der FAP!** Northeim bei Göttingen. *(Achtet auf weitere Ankündigungen)*



rote Flora